

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4 **Gastbeitrag von Helmut Dedy:** Wir brauchen starke Städte und Gemeinden
- 8 **Zivilgesellschaft:** Was macht sie eigentlich in der Krise?
- 10 **Verkehrswende:** Die Krise als Chance verstehen
- 12 **Reflexionszeit nötig:** Nach der Krise ist vor der Krise
- 16 **Klimapolitik:** Krisenerfahrung für Klimaschutz nutzen
- 22 **Digitalisierung:** Window of Opportunity ergreifen
- 24 **Wohnungspolitik:** Weiter wie gewohnt?

Editorial

- 4 Helmut Dedy: Wir brauchen starke Städte und Gemeinden
- 6 Lena Bendlin: Kommunikation, kontaktfrei – Online-Veranstaltungen in der Kommunalpraxis
- 8 Elke Bojarra-Becker: In Krisen wie diesen: Was macht eigentlich die Zivilgesellschaft?
- 10 Tilman Bracher, Uta Bauer, Jürgen Gies: Verkehrswende – Corona-Krise als Chance nutzen!
- 12 Holger Floeting: Nach der Krise ist vor der Krise: Möglichkeiten zur Reflexion schaffen!
- 14 Thomas Franke, Christa Böhme: Eindämmung der Corona-Pandemie und die „Soziale Stadt“
- 16 Jens Hasse, Anne Roth, Jan Walter: Klimaschutz und Klimaanpassung: Lernen wir aus der Corona-Krise?
- 18 Jasmin Jossin, Annette Voigt, Katja Becker, Richard Beecroft: Über die Chance und Notwendigkeit, die Zukunft neu zu denken
- 20 Tobias Klein, Dagmar Köhler, Thomas Stein: Radverkehr im Ausnahmezustand – Mit Rückenwind aus der Krise?
- 22 Jens Libbe: Corona-Krise – Window of Opportunity im Umgang mit der Digitalisierung
- 24 Ricarda Pätzold: Weiter wie gewohnt? Impulse für die Wohnungspolitik
- 26 Bettina Reimann, Stephanie Bock: Beteiligungskultur in der Krise? Unerlässlich und zugleich „die“ Chance!
- 28 Henrik Scheller, Elisabeth Krone: Reboot the City: Corona-Krise als Chance nutzen
- 30 Stefan Schneider: Urbane versus rurale Qualitäten: Stadt-Land-Verhältnis nach dem Lockdown
- 32 Sandra Wagner-Endres: Zukunft der Wirtschaft in neuen Krisenzeiten

Editorial



Foto: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

was bedeutet die Pandemie für die Gesellschaft? Ist die Stadt nach der Krise eine andere? Was sind die richtigen Lehren aus der Krise? Fatalist*innen, Verschwörungstheoretiker*innen und Lobbyist*innen haben hierauf fertige Antworten. Nichts wird mehr so sein wie es einmal war. Covid 19 ist das Werk dunkler Mächte. Oder es werden exakt die partikularen Forderungen als Patentrezept für die Zeit nach der Krise empfohlen, die bereits zuvor apodiktisch und interessegeleitet erhoben wurden.

Mitarbeiter*innen des Difu haben angeregt, ihre Gedanken aus ihren jeweiligen Forschungsbereichen, gepaart mit ihren spezifischen kommunalen Erfahrungen, in kurzen Beiträgen aufzuschreiben. Die Gedanken waren frei – mal pragmatischer, mal visionärer. Uns ist bewusst, dass das Ausmaß der Krise noch offen ist. Es gibt keine Patentrezepte für die Zeit danach. Wir verstehen unsere Aufgabe als angewandtes kommunales Forschungsinstitut darin, den Städten Lösungen anzubieten, wenn sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen verändern – kreativ, praxisorientiert und mit einer ganzen Menge Erfahrung.

Die Beiträge in diesem Berichte-Sonderheft sind keine abschließenden Handlungsempfehlungen, sie sind eine erste Annäherung an eine neue Situation, für die es keine Blaupause gibt. Ich danke den Autor*innen des Difu herzlich, dass sie sich dieser nicht ganz einfachen Aufgabe gestellt haben. Und ich freue mich, dass der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages Helmut Dedy einen Gastbeitrag verfasst hat. Er zeigt, vor welchen Herausforderungen unsere Städte in der Krise stehen und welche – vor allem fiskalischen – Maßnahmen kurzfristig ergriffen werden sollten, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu gewährleisten.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich eine spannende und aufschlussreiche Lektüre.

Prof. Dr. Carsten Kühl, Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Wir brauchen starke Städte und Gemeinden

Auch nach der Corona-Pandemie müssen unsere Kommunen handlungsfähig sein. Die Pandemie wird in den Städten Spuren hinterlassen. Mit dem Konjunkturpaket hat der Bund ein wichtiges Signal für handlungsfähige Städte ausgesendet.

Die vergangenen Wochen und Monate haben unsere Welt, unser Leben und unser Denken verändert. Wir stehen noch immer vor einer enormen Herausforderung. Die Bewältigung der Corona-Pandemie ist das gemeinsame Ziel. Ein Ziel, das uns noch lange begleiten wird. Wir sind auf einem guten Weg. Wir können es schaffen – mit Umsicht, Zusammenhalt und Eigenverantwortung.

Worauf es weiterhin ankommt: Die Menschen in Deutschland haben in den zurückliegenden Wochen viel Verantwortung und Disziplin bewiesen. Gemeinsam ist es gelungen, das Infektionsgeschehen zurückzudrängen. Es ist gut und wichtig, dass die Menschen nun wieder Perspektiven haben und eine Rückkehr in die Normalität begonnen hat. Aber was wird das für eine Normalität sein? Es ist noch nicht absehbar, wann es wieder einen gewohnten Alltag in den Schulen und Kindertagesstätten geben wird. Auch das Arbeitsleben hat sich verändert. Wie lange wird Heimarbeit in vielen Bereichen noch gelebter Standard bleiben? Und ja, auch im sozialen Miteinander können wir noch nicht zu alten Gewohnheiten zurückkehren.

In dieser schwierigen Zeit sind die Städte die Krisenmanager vor Ort. Sie sind seit Beginn der Pandemie erster Anlaufpunkt für die Sorgen und Ängste der Menschen. Die Städte sind es, die ihnen Antworten auf ihre Fragen geben. Und die Städte sind es, die die Daseinsvorsorge aufrechterhalten. Sie brauchen dabei den Rückhalt von Bund und Ländern.

Wir sehen nun, wie der öffentliche Raum und vor allem unsere Innenstädte wieder aus dem Dornröschenschlaf erwachen. Das ist gut. Für den Einzelhandel, die Gastronomie, vor allem aber für das soziale Miteinander. Wenn die Infektionszahlen wieder steigen, greift ein Notfallmechanismus. Er gibt einen Rahmen und die notwendige Flexibilität, um auf das Infektionsgeschehen regional und gegebenenfalls überregional zu reagieren. Aber er lässt auch Fragen offen. Was passiert bei steigenden Infektionszahlen? Wie wird die Zurücknahme von Lockerungen konkret umgesetzt? Welche Einrichtungen müssen dann in welcher Reihenfolge wieder geschlossen werden? Die Regelung hat den klaren Vorteil, dass bei einem

lokal begrenzten Ausbruch nötigenfalls nur örtlich gehandelt werden kann, ohne gleich landes- oder bundesweite Regelungen zu treffen. Jedoch, ganz ohne Abstimmung kann es nicht gehen. Bei einem lokalen Ausbruchsgeschehen muss es eine regionale oder überregionale Abstimmung der notwendigen Maßnahmen geben. Werden Geschäfte und Restaurants wegen eines lokalen Infektionsherdes geschlossen, während sie in der Nachbarstadt geöffnet bleiben, verlagert sich das Infektionsrisiko nur. Denken wir an die Ballungszentren, wird dies ganz deutlich. Politische Entscheidungen müssen nachvollziehbar sein. Und sie müssen klar und verständlich kommuniziert werden. Nur dann werden die Menschen mit Vertrauen und Akzeptanz reagieren. Wer versteht, warum eine Regelung sinnvoll ist, wird eher bereit sein, sie einzuhalten. Und er wird eher verstehen, warum auf das Infektionsgeschehen regional oder sogar lokal unterschiedlich reagiert werden kann.

Jeder Schritt zur Rückkehr in eine neue Normalität setzt eine oftmals schwierige Güterabwägung voraus. Das Infektionsgeschehen bleibt dabei ein gewichtiger Faktor. Entscheidungen beruhen am Ende immer auf Abwägungen zwischen virologischen Anforderungen und sozialen und ökonomischen Notwendigkeiten. Auch die Eigenverantwortung ist im Zurückdrängen des Virus eine entscheidende Größe. Je mehr Lockerungen zugelassen werden, desto mehr kommen wir in Kontakt miteinander. Wir begegnen uns im Supermarkt, in Schulen, auf Spielplätzen, in Museen, im Restaurant und im öffentlichen Nahverkehr. Es ist weiterhin wichtig, dass wir Kontakte beschränken, Hygieneempfehlungen und Abstandsregelungen einhalten – zum Schutze jedes Einzelnen und vor allem zum Schutze von Risikogruppen. Besonders schwierig ist der Umgang mit Kitas und Schulen. In der Abwägung zwischen Infektionsschutz, dem Betreuungsbedarf der Kinder, ihren Bildungschancen und der dringend notwendigen Entlastung der Familien braucht es gute Lösungen. Diese müssen auch im Bewusstsein der großen Herausforderungen beim Personal und den räumlichen Kapazitäten getroffen werden. Klar ist, es wird absehbar in zeitlicher, aber auch in qualitativer Hinsicht Abstriche geben.



Foto: Laurence Chaperon



Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer
des Deutschen Städtetages



Auch auf die finanzielle Handlungsfähigkeit der Städte hat die Corona-Pandemie Auswirkungen. Sie führt in allen Städten zu gravierenden finanziellen Belastungen. Die Städte stellen sich zunehmend die Frage, wie sie ihre Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger, die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur, das Überleben ihrer Innenstädte, ihrer Kultureinrichtungen und ihrer Freizeitangebote auch nach der Krise in ihrer Vielfalt aufrechterhalten können. Eine lebenswerte Stadt ist ohne diese Einrichtungen nicht vorstellbar.

Es ist ganz klar, Bund und Länder haben vieles auf den Weg gebracht, um die Auswirkungen der Krise abzumildern. Die erheblichen Einnahmeausfälle und Mehrbelastungen der Kommunen durch die Corona-Krise werden so hoch sein, wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Ohne Hilfe geht es nicht. Denn wir brauchen eine Perspektive für unsere Städte. Das Konjunkturpaket des Bundes ist ein beeindruckendes Signal für handlungsfähige Kommunen. Es gibt Impulse für kommunale Investitionen und bringt eine dauerhafte Entlastung bei den Sozialausgaben.

Die Steuerschätzung hat uns die Folgen der Corona-Pandemie deutlich vor Augen geführt. Die Kommunen müssen mit dramatischen Rückgängen ihrer Einnahmen rechnen. Städte und Gemeinden, deren finanzielle Situation auch vor der Krise schon schwierig war oder die besonders abhängig sind von der Gewerbesteuer, trifft es besonders hart. Jetzt den Weg zu gehen, Investitionen zurückzufahren und Sparmaßnahmen einzuleiten, wäre mit Blick auf die Konjunktur falsch. Einige Bundesländer haben die Kreditaufnahme der Kommunen erleichtert. Das kann die Probleme aber nur kurzfristig lösen. Es verlagert sie in die Zukunft. Unser Heil liegt nicht in der Verschuldung oder Streckung von Rückzahlungen, sondern in einer Zuwendung von Bund und Ländern.

Dabei sind auch kommunale Unternehmen mitzudenken. Stichworte sind Verkehrsbetriebe, Messen, Flughäfen, Veranstaltungszentren, Häfen, Bäder, Zoologische Gärten und Kultureinrichtungen. Wie können wir die Lebensqualität in unseren Städten halten, wenn es keine Busse, Schwimmkurse, Theaterabende oder Familienausflüge in den Zoo mehr gibt?

Die Bereitschaft des Bundes und der Länder, die Kommunen finanziell zu unterstützen, wird die Handlungsfähigkeit der Städte jetzt und für die Zukunft entscheidend verbessern. In diesem Jahr bricht mindestens ein Viertel der Gewerbesteuer weg, der wichtigsten Steuer der Städte. Der Bund übernimmt im Jahr 2020 die Hälfte von 11,8 Milliarden Euro und die andere Hälfte sollen die Länder ausgleichen. Das wird uns helfen, damit wir weiter investieren können und wichtige Projekte nicht gefährdet werden. Ein großer und nachhaltiger Fortschritt ist auch die geplante deutlich höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Diese etwa 4 Milliarden Euro jährlich verschaffen den Kommunen dauerhaft Entlastung.

Es ist bedauerlich, dass sich die Koalition nicht auf eine Altschuldenlösung für die betroffenen Kommunen einigen konnte. Die kommunalen Altschulden sind nach den Verabredungen in Berlin nun wohl in erster Linie Ländersache. Die betroffenen Länder müssen das Problem jetzt anpacken. Das Thema muss endlich vom Tisch.

Die Gesellschaft wird nach dieser Krise eine andere sein. Wir haben die Chance, sie zu gestalten. Das ist eine große Verantwortung auch für Bund, Länder und Kommunen. Wir brauchen glaubwürdige politische Entscheidungen. Wir brauchen die Bindung zur Basis, zu den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Wir brauchen handlungsfähige Städte.

Kommunikation, kontaktfrei: Online-Veranstaltungen in der Kommunalpraxis

Mit der Corona-Pandemie halten virtuelle Kommunikationskanäle und Veranstaltungsformate breiten Einzug in den kommunalen Arbeitsalltag. Die Lernkurve ist steil, die Experimentierfreude groß – denn plötzlich sind alle im ersten Lehrjahr.

Wie viele andere Organisationen und Arbeitgeber auch setzen Kommunen angesichts der Pandemie verstärkt auf Homeoffice und digitale Kommunikation. Nur die nötigsten Dienstleistungen – etwa im Bürger- und Sozialamt – finden noch persönlich statt. Virtuelle Veranstaltungen ersetzen persönliche Besprechungen und Gremiensitzungen. Das gilt sowohl verwaltungsintern als auch in der Kommunalpolitik und im Austausch mit Bürger*innen.

Schon vor dem Lockdown haben Kommunen ihre Beschäftigten angewiesen, Dienstreisen zu vermeiden oder abwechselnd von zu Hause aus zu arbeiten, um Diensträume nur noch in reduzierter Belegung zu nutzen: alles, um die Infektion der Beschäftigten zu vermeiden und damit die kommunale Handlungsfähigkeit auch während der Pandemie abzusichern. Kurz: Daseinsvorsorge macht vorsichtig. Aus diesem Grund haben Kommunen nicht nur frühzeitig reagiert, sie gehen auch äußerst vorsichtig mit möglichen Lockerungen um.

Der Ausnahmezustand im kommunalen Arbeitsalltag wird daher noch andauern. Für die übersichtliche Dauer des strengen Lockdowns ließen sich einzelne Besprechungen, Veranstaltungen oder Fortbildungsbedarfe vielleicht verschieben. Hier und da dürfte sich auch gezeigt haben, dass manches Meeting tatsächlich eine E-Mail hätte sein können. Aber: Sich ausschließlich schriftlich und telefonisch oder eben später abzustimmen, funktioniert nicht über Monate hinweg. So wird die Corona-Krise zur kollektiven Lehrzeit für digitale Kommunikation.

Die Ausgangslage ist höchst unterschiedlich: Vielerorts erweist sich die Anzahl der VPN-Zugänge als limitierender Faktor für effektives Arbeiten im Homeoffice. Wohl dem, der Antragsverfahren bereits digitalisiert hat. Auch bei der Bürger*innenbeteiligung macht sich jetzt bemerkbar, welche Vorerfahrung mit Online-Formaten die Kommunen schon gesammelt haben. Während einzelne Kommunen ihren Beschäftigten die Teilnahme an Videokonferenzen weiterhin untersagen, weil nötige Leitlinien für den Datenschutz fehlen, haben andere zügig zusätzliche Kapazitäten bei bewährten Anbietern gebucht. Mit ihren jeweiligen Möglichkeiten machen sich

engagierte kommunale Beschäftigte auf den Weg und erproben neue Wege und Formate der Online-Kommunikation.

Dabei gelten im virtuellen Raum keine gänzlich unbekanntenen Regeln. Wie im Präsenzbetrieb auch kommt es auch in der Welt der Videokonferenzen, Webinare und Online-Plattformen auf die passende Auswahl des Formats, eine gute Vorbereitung, aktive Moderation und die Aktivierung der Teilnehmenden an.

Doch im virtuellen Raum lässt sich leicht mit den Füßen abstimmen: Da quietscht kein Stuhl und knarrt keine Tür, wenn ich ein enttäuschendes Meeting vorzeitig verlasse – oder mich meinem E-Mail-Postfach zuwende. Dazu kommt, dass virtuelle Veranstaltungen als anstrengender empfunden werden. Nach spätestens zwei Stunden dröhnt der Kopf und drückt das Headset. Die geringere Verbindlichkeit und Dauer virtueller Veranstaltungen kann einen Anreiz bieten, eingeschliffene Gewohnheiten beim Gestalten eigener Veranstaltungen neu zu überdenken – von der Teambesprechung bis zur Fachkonferenz.

Gerade, weil Online-Veranstaltungen etwas weniger gemütlich und gewohnt sind als physische Treffen, findet ein Planungsschritt quasi automatisch statt, der sonst schnell unter den Tisch fällt: Brauchen wir diese Veranstaltung wirklich, und wozu? Obgleich für eine virtuelle Veranstaltung keine Raummiete, keine Reisekosten und keine Dienstreiseanträge fällig werden: Ein kurzes Innehalten vor dem Klick auf „Einladungstext versenden“ sollte Routine sein.

Bei der Wahl des passenden Zeitpunkts lautet die zentrale Frage, ob die Veranstaltung für die Zielgruppe zum Kerngeschäft gehört. Wenn ja, dann empfiehlt sich für eine konzentrierte Zusammenarbeit eine Primetime im Verlauf des Arbeitstages, also am Vormittag oder am frühen Nachmittag. Handelt es sich eher um ein zusätzliches Angebot, das zu „normalen Zeiten“ die Gestalt einer Abendveranstaltung angenommen hätte, bietet sich eher der Nachmittag an. Anderthalb Stunden am Stück lassen sich konzentriert gestalten: die erprobte universitäre Vorlesungsdauer. Wenn das nicht reicht, können auch beispielsweise drei Stunden



Foto: Difu



Dr. Lena Bendlin
+49 30 39001-222
bendlin@difu.de



mit einer Pause zur Halbzeit gut funktionieren. Umfangreichere Veranstaltungen profitieren von einer Aufteilung in mehrere Blöcke, etwa im Laufe eines Tages – mit üppiger Pause über Mittag für den Blick in den Posteingang – oder an aufeinanderfolgenden Tagen.

Technischen Zugang vorausgesetzt, sind die Hürden für eine Teilnahme gering, weil Wege und Kosten entfallen. Über einen Stream können Interessierte auch über den Kreis der geladenen Gäste hinaus eine Veranstaltung verfolgen. Soll die Veranstaltung anschließend dokumentiert werden, hilft eine Aufnahme beim Protokoll oder kann zur Dokumentation selbst online gestellt werden.

Wann immer ein Online-Format noch nicht etabliert und zumindest für Einzelne neu ist, lohnt es sich doppelt, den virtuellen Besprechungsraum einige Minuten vor Veranstaltungsbeginn zu öffnen: zum Erproben der Technik, für eine kurze Einführung in das Konferenztool und den Smalltalk vorab. Je besser die Teilnehmenden sich untereinander bereits kennen und je etablierter das Format, desto eher kann die Moderation in den Hintergrund treten. Grundsätzlich aber gilt: Online-Moderation ist aktive Moderation. Gerade im virtuellen Raum schafft sie Orientierung und Struktur. Viele Online-Plattformen bieten dabei unterstützende Tools wie Präsentationen für Inputs und Agenda oder ein (gemeinsames) Whiteboard.

Die hohe Kunst der Online-Moderation jedoch besteht im Aktivieren der Teilnehmenden. Schließlich ist die nächste Ablenkung nur einen Klick entfernt. Erschwerend kommt hinzu, dass virtuelle Formate

von der Disziplin aller Teilnehmenden leben, sich auf zielführende Beiträge zu beschränken. Schnell kommen da nicht alle zu Wort – jedenfalls nicht mündlich. Viele Videokonferenzen beinhalten jedoch zusätzliche Kanäle, insbesondere eine Chatfunktion. Hier können Teilnehmende Rückfragen, ergänzende Hinweise, Wortmeldungen oder Links in die Runde oder an die Moderation senden und im bilateralen Chat mit einzelnen Personen das berühmte Seitengespräch führen. Umfragefunktionen helfen, aktuelle Meinungsbilder einzuholen, Abstimmungen zu organisieren und die Teilnehmenden breiter zu beteiligen.

Umfangreichere Tools ermöglichen außerdem den intensiven Austausch in kleineren Untergruppen, etwa im Rahmen von Fachkonferenzen oder (informellen) Beteiligungsverfahren. Auch Kommunen, die noch über keine eigene Plattform für die Partizipation der Bürger*innen verfügen, finden auf dem Markt zahlreiche spezifische Tools vor, die beispielsweise Diskussionsbeiträge und Stadtpläne verknüpfen. Ihr erfolgreicher Einsatz setzt allerdings kluge medienübergreifende Partizipationsstrategien voraus.

Virtuelle Veranstaltungen werden nach der Corona-Krise selbstverständlicher geworden und ein fester Bestandteil des kommunalen Arbeitsalltags sein. Weil der Krisenmodus ohnehin allseits Flexibilität und Solidarität verlangt, wirkt die Pandemie als Turbo und Schonraum zugleich für Experimente und Lernerfahrungen mit neuen Formaten.

zum Weiterlesen

ZebraLog (2020): Tipps und Tricks für Ihr digitales Event. Kleines 1x1 der digitalen Partizipation in Zeiten der Corona-Krise.

➔ www.bit.ly/35TJLfm

Institut für Partizipatives Gestalten (2020): Partizipation ohne Begegnung? Wie man jetzt gute Beteiligung gestaltet, die nicht nur digital ist. Online verfügbar:

➔ www.bit.ly/2YZlenG

In Krisen wie diesen: Was macht eigentlich die Zivilgesellschaft?

Die Zivilgesellschaft – sei es institutionalisiert oder in freien Zusammenschlüssen – ist insbesondere in Krisenzeiten zusehends als feste Instanz in unseren Kommunen akzeptiert. In der aktuellen Phase war es lange überraschend still um sie und in ihr.

Die gute Nachricht ist, die Zivilgesellschaft ist da und verschafft sich mehr und mehr Gehör. Aber sie wird in der aktuellen Situation vergleichsweise zögerlich spür- und sichtbar. Das überrascht, da es trotz unterschiedlichem Selbstverständnis, formeller und informeller Strukturen sowie fachspezifischen Definitions- und Abgrenzungsmodellen doch eine ziemliche Übereinstimmung darüber gibt, dass zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse sich spontan, flexibel und anwaltschaftlich an die – politische – Öffentlichkeit wenden. Habermas und andere – darüber herrscht in der Wissenschaft weitgehend Einigkeit – weisen der Zivilgesellschaft die Eigenschaft zu, auch auf Missstände hinzuweisen und diese öffentlich zu diskutieren. Die Akteur*innen der Zivilgesellschaft tun dies freiwillig und in dem Rahmen und Umfang, wie sie Interesse und Zeit haben. Mit anderen Worten: Die Zivilgesellschaft macht, was sie will und nicht, was andere wollen. Nicht selten ist sie da präsent, wo der Staat an Grenzen stößt.

Diese Handlungslogik hat sie für eine Zusammenarbeit mit der eher durchregulierten öffentlichen Hand lange Zeit unattraktiv gemacht. Oft wurde sie konkurrierend bis störend wahrgenommen. Sie ist in der Tat nicht selten unbequem. Dies hat sich in Teilen geändert: kein Hochwasser ohne tatkräftige Unterstützung zahlreicher freiwillig Helfender sowie zivilgesellschaftlicher Institutionen. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen und ihr Beitrag im Quartier sind nicht nur in der Sozialen Stadt nicht mehr wegzudenken. Die Relevanz für „ihre“ Stadt und die Stadtentwicklung wird seit der Gründung der ersten Bürgerstiftungen vor über 20 Jahren nicht angezweifelt. Der Beitrag der Zivilgesellschaft im Rahmen des Zuzuges Geflüchteter in den Jahren 2015/16 war beispiellos – auch in der öffentlichen Wahrnehmung.

Im Rahmen der Corona-Epidemie ist irgendetwas anders. Sowohl innerhalb der Zivilgesellschaft, als auch in der Wahrnehmung von außen. Dies mag hier subjektiv empfunden sein, wird aber auch innerhalb der Zivilgesellschaft konstatiert. Dr. Eckhard Priller (Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft) titulierte eine Kolumne im April 2020 mit folgenden Worten: „Das Verstummen der Zivilgesellschaft angesichts der Corona-Krise ist nicht akzeptabel. (...)“. Klar: Es

gibt Nachbarschaftshilfe, Musik-Darbietungen vor Seniorenheimen und nicht wenige Unternehmen engagieren sich in besonderer Weise. Während aber Sorgen um Ökonomie, Gesundheitswesen oder gar Europa sehr schnell politisch und vor allem medial aufgegriffen wurden, kamen anwaltschaftliche Positionierungen und Sorgen um häusliche Gewalt, Vernachlässigung oder Vereinsamung und eine absehbare Segregationszunahme vergleichsweise zögerlich an die Oberfläche und wurden primär von einzelnen Politiker*innen aufgeführt. Freilich: Inzwischen sind solche absehbaren Probleme benannt, aber kaum Teil des öffentlichen Diskurses. Es bräuchte aber an dieser Stelle dringend einen Diskurs – und Taten.

Es stellen sich Fragen: Ist diesmal wirklich etwas anders? Wird „nur“ anders berichtet oder ist die Wahrnehmung eine andere? Werden absehbare Probleme nicht gesehen und kommuniziert? Wenn ja, warum? Es scheint die Stunde der Politik und damit der gewählten Demokratie zu sein. Die deliberative Demokratie – so man sie nicht auf die diskursive Einbeziehung von Virolog*innen, Wirtschaftslobby bzw. die Stimme betroffener Personen oder „anderer“ Fachleute in den Medien reduzieren will – wirkt geschwächt und die Zivilgesellschaft gegen ihre Art eher leise reagierend, statt laut agierend. Es ist gut und richtig, womöglich alternativlos, in einer solchen Krise eine starke Politik zu haben und die handelnden politischen Akteure überzeugen das Gros der Bevölkerung mit überraschender Übereinstimmung. Ob diese ungewohnt restriktive und in den ersten Wochen an einem Strang ziehende Politik ein Grund dafür ist, dass Teile der Zivilgesellschaft ihre Themen und Akzente nicht platzierten oder platzieren konnten, wird wohl eine der Fragen bleiben, die nur schwer zu beantworten sind.

In Zivilgesellschaftskreisen taucht in diesem Kontext der ohnehin bereits konstatierte „Shrinking Space of Civil Society“ auf. Böll Stiftung, Brot für die Welt, das Maecenata Institut und andere sehen den zivilgesellschaftlichen Sektor global, aber auch in Deutschland, wachsenden Restriktionen und schrumpfenden Handlungsspielräumen gegenüber. Die Zivilgesellschaft wird ausgebremst. Mögliche Folgen zeigen sich in



Foto: Difu



Dr. Elke Bojarra-Becker
+49 30 39001-330
bojarra@difu.de



der Ausnahmeperiode besonders, denn Zivilgesellschaft ist auf Öffentlichkeit ausgerichtet. Dr. Ansgar Klein (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement) bezeichnet die öffentlichen Räume gar als das „Lebenselixier zivilgesellschaftlicher Aktivitäten“. Die durch Dr. Rupert Graf Strachwitz (Maecenata Stiftung/Maecenata Institut) konstatierten „Closed public spaces“ wirken sich im Rahmen der Krise extrem auf die Möglichkeiten, vielleicht auch das Selbstbewusstsein, der Akteur*innen aus. Dies wird zum verhaltenen Agieren beitragen.

Damit einher geht die Herausforderung, dass zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Institutionen, die sonst so flexibel und nah am Menschen sind, dies alles nicht sein durften oder auch konnten. Distanz war und bleibt gefragt: An Fenstern stehen und Klatschen, für den Nachbarn einkaufen (hilfreich, aber wenig effektiv gegen Vereinsamung oder der Bewältigung von Ängsten), die Einrichtung digitaler Plattformen (nicht gerade originäres Handlungsfeld vieler zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und damit erreichen viele nur begrenzt ihr Klientel), anwaltschaftlich Handeln für die Schwachen und Schutzbedürftigen (wie an diese herankommen, wenn Kitas, Schulen – und Haustüren verschlossen bleiben). Diese Aufzählung ließe sich problemlos fortsetzen und zeigt, dass die Zivilgesellschaft sich natürlich angepasst und reagiert hat, wenn auch eingeschränkt. Aber hätte sie nicht mehr reden müssen – aufmerksam machen? Oder hat sie dies, aber dabei nur vereinzelt den Weg in die Medien gefunden? Zudem: Die stimmungsbildende Rolle mancher Medien durch die Auswahl von Themen, Fachleuten, Suggestivfragen und damit deren Macht und Einflussnahme muss an anderer Stelle reflektiert werden – eine Analyse tut Not. Hier zeichnet sich ein deutlicher Unterschied zu vorangegangenen Krisen ab: Bei Hochwassern oder der Flüchtlingskrise wurden Engagierte und zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse zuletzt medial „gefeiert“. Sie waren Sprachrohr, Multiplikator*innen und Anwalt*innen und damit unverzichtbar. Wird diese Funktion der Zivilgesellschaft allein deshalb so anders, weil ein Abstand von 1,50 Meter einzuhalten ist?

Über die tatsächlichen Ursachen kann derzeit nur spekuliert werden und es ist davon auszugehen, dass es sich um einen Mix von Ursachen handelt. Es lässt sich festhalten, dass der Zivilgesellschaft z.T. die Hände gebunden sind oder waren. Und natürlich wird es auch innerhalb der Zivilgesellschaft eine Aufgabe und Herausforderung sein, sich mit den (digitalen) Möglichkeiten und Grenzen ihrer Aktivitäten reflektierend auseinanderzusetzen. Wichtig ist es, in der nun anstehenden Phase des Umgangs mit den Folgen, von denen viele noch gar nicht absehbar und kalkulierbar sind, gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Denn sicher ist, dass die aus der Corona-Krise und dem Shutdown resultierenden Herausforderungen erst noch kommen und bewältigt werden müssen.

Entsprechend tut es auf kommunaler Ebene insbesondere aus zwei Gründen Not, sich mit der aktuellen Situation und dem Miteinander zu befassen. Die Folgen für die Zivilgesellschaft sind noch nicht absehbar. Bislang war nirgends die Rede von einem Rettungsschirm für NGOs, Sportvereine oder Tafeln. Deren Beitrag für sozialen Zusammenhalt, das Gemeinwesen, Integration etc. ist unumstritten. Ihnen drohen Einbrüche bei Spenden oder Vereinsaustritten. Eine Vielzahl von Initiativen musste ihre Aktivitäten (vorerst) einstellen – oder zumindest reduzieren, weil diese maßgeblich von älteren Menschen – und damit einer Risikogruppe – getragen werden. Das kann nicht im Interesse von Kommunen sein.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass heterogenes gesellschaftliches Leben ohne einen aktiven Part der Zivilgesellschaft – idealerweise in Kooperation und nicht Konkurrenz zur Kommune – kaum funktionieren kann, mehr noch: einen Mehrwert bedeutet. Daher braucht es jetzt ein erstarkendes Miteinander. In der Flüchtlingskrise wurden bewusst zivilgesellschaftliche Vertretungen in Krisenstäbe und regelmäßige Runden einbezogen. Mancherorts wurden sie gar durch die Zivilgesellschaft initiiert. Es wäre sinnvoll, sich zeitnah mit solchen Krisenstäben und deren Konstellation zu befassen, um zu agieren anstatt zu reagieren, wenn die (Spät-)Folgen auf kommunaler Ebene spürbar werden – denn das werden sie.

zum Weiterlesen

Eckhard Priller (10. April 2020): Das Verstummen der Zivilgesellschaft angesichts der Corona-Krise ist nicht akzeptabel. Entwertet sie sich und macht sie sich selbst überflüssig? Kolumne: In der Corona Krise: Eine Stimme aus der Zivilgesellschaft – 3. Berlin. www.bit.ly/2Mo4oHA

Ansgar Klein (30. März 2020): Corona und die Folgen – Zivilgesellschaft im Ausnahmezustand. In BBE Newsletter Nr. 6. Berlin. www.bit.ly/2YPOptz

Stiftung Aktive Bürgerschaft (März 2020): Tafeln: Mehr Bedürftige, weniger Hilfe. Nachrichtendienst Aktive Bürgerschaft. Berlin www.bit.ly/2XsCOQ1

Rudolf Speth, Elke Bojarra-Becker (2017): Zivilgesellschaft und Kommunen – Lerneffekte aus dem Zuzug Geflüchteter für das Engagement in Krisen. Opusculum 107. Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. Berlin www.bit.ly/2XvpZoa

UPJ-Netzwerk/wir-bleiben-engagiert: www.bit.ly/3hxZUNe

Verkehrswende: Corona-Krise als Chance nutzen!

Eine schnelle Anpassung an neue Anforderungen ist kurzfristig möglich, das zeigen zum Beispiel die neuen Pop-up-Bike-Lanes. Ob diese Veränderungen die Verkehrswende nachhaltig beeinflussen, hängt von den Entscheidungen der nächsten Monate ab.

Frühjahr 2020: verwaiste Straßen, Bahnhöfe und Flughäfen. Staus und Gedränge im ÖPNV muten an wie Erinnerungen an eine andere Zeit. In der Verkehrsmittelnutzung sind deutliche Veränderungen zu beobachten: Fahrrad- und Fußverkehr legen prozentual zu, das private Auto wird zum infektionsgeschützten Raum, während Busse und Bahnen gemieden werden. In der Krise sind gesundheitliche Aspekte bei der Verkehrsmittelwahl bedeutsam geworden.

Nach und nach werden Beschränkungen gelockert, damit sich wieder eine Art „Normalität“ einstellt. Allerdings ist diese Normalität genau das Problem – das Auto ist zu schnell, zu laut, emittiert Schadstoffe und braucht zu viel Platz. Eine offene Frage ist daher, welche in der Corona-Krise eingeübten Routinen, welche der erzwungenen – aber auch lieb gewonnenen – Alltagserfahrungen sich langfristig im Verkehr widerspiegeln werden. Führt die Substitution persönlicher Treffen durch digitale Konferenzen oder die Arbeit im Homeoffice zu weniger Berufsverkehr und Dienstreisen? Vielleicht sogar zu weniger Privatreisen? Steigen Menschen, die das Fahrrad entdeckt haben, langfristig um? Oder flüchten junge Familien nach wochenlangen Wohn-, Arbeits- und Betreuungserlebnissen in beengten Stadtwohnungen auf das Land – mit entsprechendem Zuwachs an Pendleraufkommen? Werden Insolvenzen in der Gastronomie und im Einzelhandel unser Einkaufs- und Freizeitverhalten nachhaltig beeinflussen?

Neben diesen noch offenen Fragen geht es auch darum, wie die Politik in Bund, Land und Kommune das gerade offene „Möglichkeitsfenster“ für eine resilientere Verkehrspolitik nutzen wird.

Das Corona-Virus sorgte für völlig neue Alltagsschoreografien. Die auferlegten Regeln ließen den Bewegungsradius in nie dagewesener Geschwindigkeit schrumpfen. Das Wohnumfeld, der Park, der Lebensmittelladen um die Ecke rückten immer mehr ins Bewusstsein. Man ging bewusster vor die Tür: einmal um den Block, frische Luft schnappen, Menschen beobachten, flanieren, Gedanken laufen lassen. Auch wenn „zuhause bleiben“ die akzeptierte Devise war: Selten waren so viele Jogger, Familien, junge und mittelalte Menschen per pedes im öffentlichen Raum unterwegs. Kinder

spielten wieder auf den Straßen. Auf den Fahrbahnen war weniger los – mehr Ruhe und bessere Luft – die Qualitäten des Nahraums wurden positiv erlebt. Man genoss die kommunikative und spannende Wirkung des Gehens und entdeckte das Rad als ein praktikables Fortbewegungsmittel.

Mehr Zufußgehende und Radfahrende machen es unübersehbar: Der Straßenraum ist ungleich zugunsten des Autos verteilt. Auf schmalen Geh- und Radwegen sowie Wochenmärkten wird es bedrohlich eng, die Abstandsregeln können nicht eingehalten werden. Aber die leerer gewordenen Straßen bieten Chancen, durch temporäre Maßnahmen Flächen für die aktive Mobilität zu erobern. Rund um den Globus entstehen aktuell nach dem Vorbild von Bogotá zahlreiche „Pop-up-Radwege“ auf den Fahrbahnen, z. B. in New York, Paris, Mailand und Berlin. Diese schaffen Platz auf dem Trottoir und entschärfen Konflikte zwischen Fußgänger*innen und Radfahrenden. In Berlin und Wien wird darüber hinaus auch kurzfristig Platz für Zufußgehende geschaffen. Wien sperrt zugunsten des Fußverkehrs insgesamt zwanzig Straßen für den Autoverkehr oder reduziert deren Geschwindigkeit auf 20km/h. Sie werden in temporäre Begegnungszonen umgewandelt, damit die Menschen den notwendigen Abstand einhalten können. Der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg richtete Anfang Mai stundenweise an 18 Straßenabschnitten temporäre Spielstraßen ein und erweiterte die Straßensperrungen rund um Wochenmärkte. Die temporären Maßnahmen erweisen sich dabei als geeignete Praxistests für den dauerhaften Umbau der Straßeninfrastruktur. Die Geschwindigkeit, mit der diese Maßnahmen von der Verwaltung umgesetzt wurden, zeigen: Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind vorhanden, die handwerkliche Umsetzung ist einfach, es braucht allerdings den Willen in Politik und Verwaltung. Wo ein Wille ist, ist ein Weg, wo kein Wille ist, ist eine Ausrede.

Infrastruktur wirkt über Generationen. Es wäre zu wünschen, dass eine Reihe der temporären Maßnahmen die Krise überdauern und zur „neuen Normalität“ werden. Manch einer träumt davon, die Ordnungsämter und die Polizei würden sich künftig mit ähnlichem Engagement, wie sie in den letzten Wochen Menschen in den



Fotos: Difu

•
Dipl.-Volkswirt
Tilman Bracher
+49 30 39001-260
bracher@difu.de

Dipl.-Geogr.
Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Dr. phil. Jürgen Gies
+49 30 39001-240
gies@difu.de

Parks an die Abstandsregeln erinnerten, um die vielen Raser*innen, Rotfahrer*innen und Falschparker*innen kümmern, die nachgewiesenermaßen Menschenleben gefährden.

Den ÖPNV trifft das Coronavirus in einer Phase der Aufbruchsstimmung. Als Beitrag zum Klimaschutz wurde erst im Januar beschlossen, nicht nur die Investitionsmittel stark aufzustocken, sondern auch die Regionalisierungsmittel für den Bahnverkehr zu erhöhen. Spürbare Qualitätsverbesserungen wurden realistisch – und sind angesichts teilweise übervoller Busse und Bahnen sowie Kapazitätsengpässen bei der Infrastruktur – auch dringend erforderlich.

Jetzt hat sich der ÖPNV gewandelt, jedoch völlig anders als gedacht. Mitte April hatte sich die Nutzung von Bussen und Bahnen um 75 Prozent reduziert. Man bleibt mehr zuhause oder fährt Auto und Fahrrad. Aber nicht alle Berufstätigen können im Homeoffice arbeiten. In vielen Berufen ist eine Präsenz vor Ort notwendig. Hierzu leistete der



zum Weiterlesen

Follmer/Leppler (2020): Unsere Alltagsmobilität in der Zeit von Ausgangsbeschränkung oder Quarantäne – alles anders oder nicht? Ergebnisse aus Beobachtungen per Mobilitätstracking, infas/Motiontag. Impacts of the Covid-19 Pandemic on Urban Public Transport

➔ www.bit.ly/303DAV7

International Transport Forum (2020): Respacind our Cities for Resilience

➔ www.bit.ly/36YppT2

Krisenfestes Radfahren

➔ www.difu.de/13425

ÖPNV in der Phase des Shutdowns seinen Beitrag und wird dies auch in gesteigertem Maße nach der Lockerung der Beschränkungen.

Der Nachfragerückgang reißt eine Lücke in die ÖPNV-Finanzierung. Eine Kompensation der Fahrgeldausfälle als Sofortmaßnahme durch die öffentliche Hand ist unumgänglich, da die Nachfrage mit den Lockerungen für das gesellschaftliche Leben und die Wirtschaft nur schrittweise wieder zurückkehren oder ganz ausbleiben wird. Gründe können eine höhere Arbeitslosigkeit, mehr Homeoffice und mangelndes Vertrauen in den ÖPNV, aber auch gesunkene Kraftstoffpreise sein.

Der ÖPNV im Stadt- und Regionalverkehr wird auch nach der Coronakrise ein zentraler Baustein für eine nachhaltige Mobilität sein, weil er mit den knappen Flächen sparsam umgeht und weniger

Ressourcen verbraucht. Aber er muss Vertrauen zurückgewinnen: Stark überfüllte Verkehrsmittel sollten durch ein ausreichendes Platzangebot künftig vermieden werden und auch der Mund- und Nasenschutz kann zum gewohnten Bild werden. Wo es eng ist, muss in Fahrzeugen die Bestuhlung geändert werden – mehr Sitzabstand als neuer Standard! Aber dass fremde Menschen zusammenkommen, wird es auch nach Corona geben: Man wird wieder in Kneipen, auf Feste und ins Kino gehen. Welche Regeln sich die Gesellschaft auferlegt, um die Übertragung von Viren zu bremsen, ist nicht nur Thema für den ÖPNV.

Zu welcher Normalität wir in den nächsten Monaten zurückkehren, ist bislang völlig unklar. Neben zahlreichen „Rettungsschirmen“, die von Bund und Ländern aufgespannt werden, um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen abzufedern, erleben die Kommunen einen gewaltigen Absturz ihrer Steuereinnahmen; gleichzeitig müssen sie erhebliche Mehrausgaben stemmen. Um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, werden umfassende Konjunkturprogramme diskutiert. Der größte Fehler wäre es nun, das Geld in Strukturen von gestern zu investieren. Die Finanzmittel sollten den strukturellen Wandel der Wirtschaft und Infrastruktur voranbringen, der nachhaltige Entwicklung stützt und hilft, die nächste vor der Tür stehende Krise – den globalen Klimawandel – zu verhindern. Für den Mobilitätsbereich heißt das:

- Für Investitionen in die Infrastruktur müssen neue Maßstäbe gesetzt werden: Erhalt vor Neubau und Vorrang für Projekte, die zum Erreichen der Ziele für gesunde Städte und den Klimaschutz beitragen (vor allem für Busse und Bahnen, Fuß- und Radverkehr, Elektrifizierung).
- Neben den Soforthilfen braucht der ÖPNV neue Finanzierungssysteme, weil das Angebot erweitert und verbessert werden muss. Lang diskutierte Konzepte zur Stärkung der Handlungsspielräume kommunaler ÖPNV-Aufgabenträger, wie z.B. flächendeckende Parkgebühren, City-Maut oder Abgaben für Unternehmen sowie Bürger*innen, müssen in die Praxis umgesetzt werden. Die Säule für einen attraktiveren Regionalverkehr sind die Infrastrukturplanungen im Zusammenhang mit dem Deutschlandtakt, die – soll der ÖPNV Rückgrat der Verkehrswende werden – konsequent umgesetzt und finanziert werden müssen.
- Milliarden an staatlichen Subventionen, die den Klimawandel mit öffentlichen Mitteln fördern (wie das Dieselpatent, Dienstwagen- und Pendlerpauschale), gehören abgeschafft oder auf den Prüfstand gestellt.

Nach der Krise ist vor der Krise: Raum für Reflexion schaffen!

Aktuell geht es in den Kommunen um Krisenmanagement und die Rückkehr zur „neuen Normalität“ städtischen Lebens. Diese Krise wird nicht die letzte sein. Wir brauchen Reflexionsräume, um daraus auch für weitere Krisenereignisse zu lernen.

Die Corona-Pandemie wird nicht die letzte Krise sein, mit der Städte sich auseinandersetzen müssen, auch wenn es nicht immer um akute und so existenzielle Einschnitte in unseren Alltag geht. Und sie ist auch nicht die erste. Krisen werden in der modernen Gesellschaft nicht als weitgehend unbeeinflussbare Gefahr von außen oder Schicksal wahrgenommen, sondern als Situationen, in denen staatliches Risikomanagement gefragt ist. Krise ist zwar nicht gleich Krise: Die existenzielle, akute und globale Bedrohung dieser Krise ist für viele von uns in Deutschland – anders als in anderen Teilen der Welt – vermutlich bisher eine erstmalige Erfahrung. Diese Krise zeigt aber – wie krisenhafte Erscheinungen oft – Schwachstellen auf, deren Beseitigung uns günstigstenfalls besser durch die nächste Krise bringen kann. Solche Schwachstellen werden im Alltag städtischen Lebens kaum wahrgenommen oder immer mal wieder kritisiert. Sie erscheinen jedoch nicht als existenziell oder wurden schon lange als Missstand erkannt und an ihrer Abhilfe wurde aus zahlreichen, scheinbar übergeordneten Gründen nur unzureichend gearbeitet: kein Geld, keine Zeit, nicht zuständig, nicht mit bestehenden Regeln vereinbar, kann man nichts machen.

Zurzeit ist die Kommunalpraxis zusammen mit Bund, Ländern und der Zivilgesellschaft damit beschäftigt, mit der aktuellen Krisensituation umzugehen, kurzfristig Schadensminimierung zu betreiben und Pfade aus der derzeitigen Situation hin zu einer „neuen Normalität“ zu finden. Denn die „Normalität“ städtischen Lebens, wie wir sie noch vor Kurzem kannten, wird vermutlich auf längere Zeit nicht möglich sein. Und auch wenn sie wieder möglich sein wird, haben wir doch auch neue Wege kennengelernt, die wir weiter schätzen und auch künftig nutzen wollen (Homeoffice, Digitalkultur, elektronische Behördengänge, Videokonferenzen, Pendeln mit dem Fahrrad, ämterübergreifende Zusammenarbeit, zivilgesellschaftliches Engagement) oder von denen wir mehr fordern und fragen, warum Dinge in der Krise gingen, die zuvor nicht möglich waren und möglicherweise auch danach scheinbar wieder nicht gehen.

gemanagten Krise lernen? Wie kann unser Gemeinwesen gegenüber gesellschaftlichen Risiken resilienter gemacht werden? Mit der Schaffung resilienter Strukturen können zwar weder Risiken und Bedrohungen beseitigt noch Schadensereignisse vollkommen ausgeschlossen werden. Resiliente Strukturen können aber eventuell dazu beitragen, Risiken und Bedrohungen zu minimieren, Schadensereignisse zu begrenzen und im besten Fall auch zu verhindern, vor allem aber Schadensfolgen abzumildern. Gemeint ist mit Resilienz hier die Schaffung widerstandsfähiger Strukturen in allen Phasen des Umgangs mit Risiken, Bedrohungen und Schadensereignissen. Zunächst geht es darum, auf Risiken, Bedrohungen und Schadensereignisse vorbereitet zu sein. Dabei zeigen sich bereits jetzt offensichtliche Lücken, z.B. bei der Verfügbarkeit von Schutzausrüstungen, der Stabilität von Wertschöpfungs- und Lieferketten oder der Effizienz von Beschaffungsprozessen. Auf Basis von Analysen können Präventionskonzepte für die unterschiedlichen Handlungsbereiche und Präventionsstrukturen entwickelt werden. Dabei geht es darum, Gefahren rechtzeitig zu erkennen und effektiv mit ihnen umzugehen. Resiliente Strukturen erlauben beim Eintreten von Schadensereignissen eine schnelle Reaktion. Abhängig von der Eintrittswahrscheinlichkeit bzw. -häufigkeit und dem zu erwartenden Schadensumfang sind resiliente Reaktionsstrukturen unterschiedlich gestaltet. Dies gilt auch für die Wiederherstellung der Strukturen nach Schadensereignissen. Wichtige Prinzipien der Resilienz sind dabei Dezentralität, Redundanz, Selbstorganisationsfähigkeit und Robustheit. Dabei sollte es nicht darum gehen, die eigene urbane Agenda – wie wir uns die Stadt schon immer gern vorgestellt haben – über den Transmissionsriemen der krisenbedingten Transformation städtischen Lebens voranzutreiben, sondern das Ziel einer stärker krisenresilienten Kommune in den Mittelpunkt zu stellen.

Wie gehen wir mit schutzbedürftigen Gruppen in der Krise um? Schon jetzt zeigt sich, dass sich die vulnerablen Gruppen und deren Belange im Laufe der Krise wandeln. Vulnerable Gruppen sind solche, die den Risiken besonders ausgesetzt sind. Aber die Antwort auf die Frage, wer dazu gehört, verändert sich im Laufe der Krise: Gruppen, die



Foto: Difu



Dr. Holger Floeting
+49 30 39001-221
floeting@difu.de

Was können wir also für die Schaffung resilienter Strukturen aus der bewältigten oder zumindest

zu Beginn einer Krise nicht als vulnerabel wahrgenommen wurden, können durch den Verlauf der Krise (z.B. des Infektionsgeschehens), aber auch durch die politische und administrative Reaktion darauf (z.B. Einschränkungen des öffentlichen Lebens, der sozialen Infrastruktur oder der Geschäftstätigkeit) vulnerabel werden. Wenn diese vulnerablen Gruppen nicht rechtzeitig identifiziert werden und keine Maßnahmen zu deren Unterstützung entwickelt werden, werden die indirekten Folgen der Krise z.B. in Bezug auf die gesundheitliche Regelversorgung, Bildungschancen und -verläufe, volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Schäden, mindestens genauso gravierend sein wie die direkten Schäden durch das Infektionsgeschehen. Damit stellen sich auch Fragen der Verteilungsgerechtigkeit von Hilfen und Unterstützungsmaßnahmen.

Wie muss Risiko- und Krisenkommunikation bei kaum einschätzbaren oder sich sehr dynamisch verändernden Risikosituationen und eng begrenzten Schutzmöglichkeiten aussehen? In einer



zum Weiterlesen

Floeting, Holger (2013): Von harten Zielen und weichen Maßnahmen – Sind resiliente Städte sichere Städte? In: Klaus J. Beckmann (Hrsg.): Jetzt auch noch resilient? Anforderungen an die Krisenfestigkeit der Städte. Berlin. S. 14-22.

Helmholtz-Initiative „Systemische epidemiologische Analyse der COVID-19-Epidemie“ (2020): Stellungnahme. O.O.

Leopoldina. Nationale Akademie der Wissenschaften (2020): Dritte Ad-hoc-Stellungnahme: Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden. O.O., 13. April 2020.

The Lancet (2020): Redefining vulnerability in the era of COVID-19. In: The Lancet, Vol 395, April 4, 2020, S. 1089.

offenen Gesellschaft können Maßnahmen zur Eindämmung der Krise nicht einfach verordnet werden, sondern müssen erklärt, diskutiert und begründet werden. Die Zusammenhänge sind oft kompliziert. Das Wissen – selbst der Expert*innen – ist oft unsicher und schnell veränderlich. Dennoch ist Transparenz – auch über widersprüchliche Erkenntnisse und Informationen – ein wesentliches Kriterium für erfolgreiche Risiko- und Krisenkommunikation. Wir lernen in der aktuellen Krise gerade, wie komplexe (wissenschaftliche) Erkenntnisse und Empfehlungen kommuniziert werden müssen, um in Alltagshandeln umgesetzt werden zu können und wo die Grenzen dabei liegen. Welche Kommunikationsmaßnahmen, welche Signale für Einschränkungen und Lockerungen des städtischen Lebens letztendlich für unterschiedliche Bereiche des Krisenmanagements (Eindämmung des Infektionsgeschehens,

Dämpfung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen usw.) erfolgreich sein werden, lässt sich erst ex post wirklich beurteilen.

Wie muss Zusammenarbeit organisiert sein? Es muss darum gehen, kritisch zu reflektieren, wie die Mehrebenenkooperation von Bund, Ländern und Gemeinden bei der Krisenbewältigung funktioniert hat, wo Schwachstellen insbesondere bei der Eilbedürftigkeit von Entscheidungen und bei der Abstimmung von Regelungen lagen, aber auch worin die Stärken föderaler Prinzipien und örtlichen Handelns lagen. Dies ist nicht zuletzt notwendig, um nicht dem schnellen Ruf nach einheitlichen Lösungen und zentraler Steuerung argumentationslos zu folgen.

Resiliente Strukturen, der Umgang mit vulnerablen Gruppen, die Ausgestaltung der Risiko- und Krisenkommunikation und die Organisation funktionierender Zusammenarbeit sind nur vier ausgewählte Themenbereiche, die nachdenkenswert sind, nachdem Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen aus dem Modus des akuten Krisenmanagements herausgekommen sind.

Der Diskurs der Wissenschaft über den Umgang mit Krisen geht in der akuten Handlungsnot der aktuellen Krise zwar weiter, aber auch dabei ist notwendigerweise oft – zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung – eine Konzentration auf aktuelle Lösungen festzustellen. Es muss aber darüber hinaus darum gehen, ex post Dynamiken der Krise und der Krisenbewältigung wissenschaftlich zu reflektieren und die Praxiserfahrungen, die in der Krise und im aktuellen Handeln gemacht werden, zu bewahren, zu hinterfragen und weiter zu entwickeln. Nicht – wie im ungünstigsten Fall – nach einer Übung die Aktivitäten ruhen zu lassen und erst im Ernstfall wieder aktiv zu werden. Auch wenn das kommunale Handeln in ein umfassenderes staatliches Risikomanagement eingebunden ist, fehlt den Akteur*innen in den Kommunen – ebenso wie den staatlichen Akteur*innen – in der Phase des akuten Krisenmanagements mehr denn je die Zeit für diese umfassende Reflexion, weil schnelles Handeln und die Anpassung an die aktuelle Lage gefragt sind. Doch danach sollten wir die Möglichkeiten für diese Reflexion schaffen. Dazu brauchen wir Reflexionsräume für kommunale Akteur*innen, also Zeit und Gelegenheit für die kritische Auseinandersetzung mit den Strukturen, Prozessen und Maßnahmen der Krisenbewältigung, für den Austausch zwischen den Praktiker*innen und zwischen Praxis und Wissenschaft und für die Vermittlung guter in der Praxis erprobter Lösungen. Denn nach der Krise ist vor der Krise.

Eindämmung der Corona-Pandemie und die „Soziale Stadt“

Wie könnten sich die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie auf das Arbeitsprinzip „Soziale Stadt“ auswirken? Und was ist notwendig, damit eine Kommune auch nach der Krise eine soziale Stadt bleibt?

In Medien bzw. im Netz sind derzeit mindestens vier „Annahmen-Cluster“ zu beobachten, wie sich die Maßnahmen gegen die Verbreitung des Coronavirus gesellschaftlich auswirken werden oder könnten. Dabei geht es um

- Fragen rund um Grundrechte, ihre „Beschneidung“ und deren Bedeutung unter anderem für (lokale) Demokratien – inklusive Mitsprache- bzw. Beteiligungsmöglichkeiten;
- Fragen um mögliche Veränderungen von Lebenseinstellungen, Verhalten, Vergesellschaftungspraktiken von Einzelnen und (Zugehörigkeits-)Gruppen – inklusive Fragen veränderter Solidaritäten, Nachbarschaften, Kommunikationen etc.;
- Fragen um Bedeutung und vielleicht Bedeutungsveränderungen des Nahraums vor der eigenen Haustür – inklusive Fragen, wie vorhandene Strukturen im Quartier genutzt werden können, wie sie qualitativ bewertet werden, was – vielleicht erstmals? – vermisst wird („Entdeckung von Heimat“);
- Fragen der Veränderung sozialstruktureller, sozialpsychologischer und sozio-ökonomischer Parameter: Zunahme von Armut? Zunahme sozialer Ungleichheit? Abnahme von Gesundheit außerhalb des unmittelbaren COVID-19-Impacts? Abnahme der Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen („Ausgeschlossenheit“) bzw. genereller emanzipatorischer Errungenschaften durch ein „Zurückgeworfenheit“ in rein häusliche/familiäre/traditionell-kulturelle Kontexte „zu Hause“.

Alle vier Punkte enthalten Themenfelder und Ziele, die bereits seit 1999 im Fokus des Programms „Soziale Stadt“ stehen: Beteiligungsmöglichkeiten marginalisierter Bevölkerungsgruppen stärken, Nachbarschaft, Vernetzung, Kommunikation von Mitbürger*innen fördern, die Lebenswelt vor der Haustür qualifizieren und lebenswerter machen und vor allem die Auswirkungen von Benachteiligungen wie Arbeitslosigkeit und Armut, Bildungsferne, damit verbundene gesundheitliche Beeinträchtigungen etc. abmildern und neue Handlungschancen für Betroffene entwickeln.

Welche (Aus-)Wirkungen können die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus auf den

Kontext „Soziale Stadt“ haben? Betroffene von sozial-räumlicher Benachteiligung und damit Zielgruppen von Maßnahmen der „Sozialen Stadt“ waren bislang diejenigen, die in benachteiligten Stadtteilen wohnen: Altersarme, Frauen und Kinder in schwierigen materiellen Lagen und in psychischen Belastungssituationen aufgrund ihrer familiären Kontexte, Menschen mit Handicaps, Langzeitarbeitslose, prekär Beschäftigte mit geringen Einkommen, „Bildungsferne“, Nicht-Muttersprachler*innen, Schüler*innen in schlecht beleumdeten Schulen – sie alle sind an Situationen gewöhnt, die in vielerlei Hinsicht durch Einschränkungen gekennzeichnet sind, nicht nur materiell, sondern auch mit Blick auf soziale und räumliche Mobilität bzw. Aktions- und Bewegungsradien. Es besteht die Gefahr, dass im Zuge der Corona-Krise mehr Menschen durch Formen der Benachteiligung betroffen sein werden (quantitative Zunahme von Benachteiligung mit Blick auf Einkommen, Bildung, Gesundheit, Teilhabe etc.) und dass Ausprägungen von Benachteiligung (nicht nur) in benachteiligten Quartieren ebenfalls zunehmen werden: Ladenleerstände, Schließungen sozialer Infrastrukturen, zurückgefahrenere Beratungs- und Unterstützungsangebote, ebenfalls zurückgefahrenere Qualifizierung und Pflege von Frei- und Grünflächen, Plätzen und Wegen – kurz des öffentlichen Raums.

Durch die Corona-Krise sind nun auch viele Menschen aus ganz anderen als „prekären“ Verhältnissen von Einschränkungen betroffen oder haben – zumindest temporär – einen Eindruck solcher Betroffenheit(en) kennen lernen müssen: in Existenznot geratene Selbstständige, gut situierte Eltern in Sorge um die Bildung ihrer Kinder, Familien, die nicht in den Urlaub fahren können... Es lässt sich – und dies ohne jeglichen Zynismus – sagen, dass die Pandemie annähernd die gesamte Gesellschaft zwingt, Benachteiligungs-Situationen am eigenen Leib zu erfahren. Gleichzeitig wird für alle deutlich, wie wichtig das unmittelbare Wohnumfeld, das Quartier ist. Selbst die Manager*innen im Homeoffice und beim Homeschooling sind auf den Laden um die Ecke für den schnellen Einkauf und den „eben mal erreichbaren“ Quartierspark zum Joggen angewiesen.



Fotos: Difu

Dr. Thomas Franke
+49 30 39001-107
franke@difu.de

Dipl.-Ing.
Christa Böhme
+49 30 39001-291
boehme@difu.de



Foto: Vera Gutofski, Difu

Ansatz der „Sozialen Stadt“ ist und war es, den Nahraum des Quartiers, die Lebenswelt vor der Haustür als (kompensierende) Ressource in den Blick zu nehmen. Es ging und geht darum, nicht nur (bauliche) Strukturen vor Ort zu qualifizieren, sondern vor allem auch das soziale Zusammenleben, Nachbarschaften und auch die Teilhabechancen Einzelner zu befördern. Gerade dieser zweite Bereich wurde nun auch in vielen als gutsituiert anzusehenden Quartieren womöglich (neu) entdeckt und zeigt sich unter anderem im Respekt gegenüber „Machern“ wie den Beschäftigten der Müllabfuhr, ehrenamtlich Engagierten oder musizierenden Nachbar*innen.

Vielleicht entsteht durch die Corona-Krise und ein zumindest temporäres Eintauchen vieler in Einschränkungs-Situationen ein größeres Verständnis für die Bedeutung des Nahraumes, seiner Ausstattungen und Qualitäten sowie vor allem das soziale Zusammenleben direkt vor der Haustür – und damit auch für sozial-räumliche Politikmodelle. Vielleicht kann im Moment von einem breiten Konsens ausgegangen werden, dass wir lokale Ökonomie in unseren Quartieren ebenso wie gute Stadtteilschulen mit Ganztagsangeboten und qualitätsvolle und ausreichend große Grün-/Freiräume vor der Haustüre brauchen. Und dass wir begleitende Fachleute „für alle Lebenslagen“ brauchen – also „bezahlte Nachbar*innen“, die gerne auf Applaus verzichten, sich aber dafür über nicht-prekäre Arbeitsverhältnisse freuen.

Was könnte notwendig werden, um Kommunen dabei zu unterstützen, auch nach der Corona-Krise eine „soziale Stadt“ zu bleiben oder werden zu können? Kennzeichnend für die nunmehr zwanzigjährige Programmgeschichte der „Sozialen Stadt“ ist, dass es stets einfacher war oder schien, baulich-strukturelle Maßnahmen für die

„funktionale Hülle“ zu realisieren – weil dies der Fokus der Städtebauförderung war und ist –, als Projekte aus dem sozial-integrativen Bereich zu finanzieren: Hierbei nämlich handelt es sich „nur“ um freiwillige Leistungen, Erfolge sind schwerer „messbar“, es gibt vergleichsweise geringe Fördermittel, und die Bereiche Sozial- und Gemeinwesenarbeit haben in den Stadtverwaltungen meist keine feste oder „selbstverständliche“ organisationale „Heimat“.

Wenn durch die Corona-Krise – wie es sich bereits jetzt deutlich abzeichnet – Kommunen unter erheblichen finanziellen Druck geraten, ist zu befürchten, dass ihre sozial-integrativen Maßnahmen künftig stärker zur Disposition stehen. Ist dies tatsächlich rein den finanziellen Umständen geschuldet, stellt sich die Frage nach Hilfen durch Bund und Länder. Kann und muss daher ein „Rettungsschirm“ für Kommunen nicht nur vorrangig Investitionen ermöglichen, sondern eben auch sozial-integrative, also konsumtive Maßnahmen – bis hin zur Übernahme von Personalkosten im sozial-integrativen Bereich? Damit ist eine Forderung angesprochen, die seit 20 Jahren im Kontext der „Sozialen Stadt“ für eine „soziale Stadt“ (mit kleinem „s“) vorgebracht wird und nun neue Dringlichkeit erhält.

Klimaschutz und Klimaanpassung: Lernen wir aus der Corona-Krise?

Politik, Bevölkerung und Wirtschaft zeigen während der Corona-Pandemie ihre Fähigkeiten zur Krisenbewältigung, Solidarität und Veränderung. Darin besteht eine Chance für unseren Umgang mit dem Klimawandel.

Deutlich geschrumpfte Stickoxid-Konzentrationen über allen Megastädten und Ballungsräumen der Welt und der möglicherweise stärkste Rückgang der CO₂-Emissionen weltweit seit über 70 Jahren: Auch das sind beachtenswerte Auswirkungen der Corona-Krise. Nach Schätzungen des in Berlin ansässigen Thinktanks Agora Energiewende könnten die Klimaziele 2020 in Deutschland durch das deutlich verringerte Verkehrsaufkommen und den reduzierten Energieverbrauch der letzten Wochen doch noch erreicht werden.

Weniger Luftschadstoffe und Lärm in unseren Städten, mehr Platz für Rad- und Fußverkehr, die Rückkehr von Tieren in Siedlungs- und Gewerbegebiete und die zumindest temporäre Erholung von Ökosystemen und Naturressourcen wie bspw. die Wasserqualität der Lagune von Venedig – all das sind weitere relevante Umwelteffekte der Corona-Krise. Viele Menschen bemerken jetzt, wie viel angenehmer Wohnen, Arbeiten und Aufenthalt in unseren Innenstädten oder in der Nähe von Hauptverkehrsstraßen oder Flughäfen sein könnte.

Klar ist aber, dass weder die CO₂-Reduktionen noch die positiven Umwelteffekte langfristig anhalten werden, wenn Klimaschutz, erneuerbare Energien und grüne Innovationen beim Hochfahren der Wirtschaft nicht berücksichtigt werden: Die Themen Klima- und Ressourcenschutz, Energiewende und Klimaanpassung gehören deshalb wieder an die Spitze der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Agenda aller Staaten und Institutionen.

Der Weg aus der Corona-Krise sollte jetzt als Chance genutzt werden, um nachhaltige, robustere und klar an den 2015 in Paris vereinbarten Klimazielen ausgerichtete Wirtschaftsstrukturen zu fördern. Dies fordern nicht nur Klimaschutzinitiativen, Umweltverbände und das Bundesumweltministerium schon lange, sondern unlängst auch die EU-Kommission mit ihrem Vorschlag eines „European Green Deals“. Eine bundesweite Initiative von fast 200 Verbänden und Unternehmen in Deutschland, darunter der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft und der Verband kommunaler Unternehmen, richtete diesbezüglich einen offenen Brief an die Bundeskanzlerin.

Wie in den letzten Wochen bei der Abwehr und Bewältigung der Corona-Pandemie muss es auch im Umgang mit dem Klimawandel heißen: CO₂-Emissionen schnell und umfassend eindämmen und frühzeitig Vorsorge für nicht vermeidbare Klimafolgen betreiben. Corona hat uns gezeigt, dass „wir“ das können, wenn wir als Gesellschaft es müssen. Lassen wir diese Krise nicht ungenutzt!

Es ist bemerkenswert, welche Akzeptanz wissenschaftliche Expertise aktuell in der politischen Arena genießt. Die Forderung der weltweiten Klimaproteste lautet zu Recht „Hört auf die Wissenschaft!“. Auch das klimapolitische Handeln – egal ob international, national oder vor Ort – muss sich in Zukunft klar an den Empfehlungen des Weltklimarats (IPCC), der Sachverständigenräte der Bundesregierung und anderer Institutionen der Klima- und Umweltforschung orientieren.

Hilfreich wäre zudem – analog zu den Fall- und Kennzahlen der Corona-Pandemie – eine tägliche Berichterstattung über die aktuellen CO₂-Werte in der Atmosphäre, die aktuellen Treibhausgas-Emissionen der verschiedenen Sektoren, die Länderbilanzen usw. So sähen wir alle regelmäßig, wo wir im Kampf gegen die Klimakrise aktuell stehen und wo wir durch geeignete Maßnahmen nachsteuern müssen.

Was in der Corona-Krise möglich war, kann und sollte angesichts der wesentlich größeren und längerfristigen Bedrohung auch im Umgang mit der Klimakrise möglich sein: Die klare Ausrichtung aller staatlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und individuellen Aktivitäten auf die Erreichung der erforderlichen Treibhausgas-Reduktionsziele.

Anstrengungen von Unternehmen, Kommunen oder Individuen allein werden den Klimawandel nicht aufhalten. Es braucht einen umfassenden Umbau unserer Wirtschaftsstrukturen, die Transformation hin zu einem nachhaltigen Wirtschaften, in dem klima- und umweltgerechtes Verhalten gefördert und belohnt, klimaschädliches aber belastet und keinesfalls subventioniert wird. So könnten endlich auch die völkerrechtlich verbindlich (!) vereinbarten CO₂-Reduktionsziele in der



Fotos: Difu

•
Dipl.-Ing. Jens Hasse
+49 221 340308-25
hasse@difu.de

Anne Roth
+49 221 340308-22
roth@difu.de

Dipl.-Geogr. Jan Walter
+49 221 340308-26
walter@difu.de

Landwirtschaft, bei der Wärme, im Gebäudesektor und im Verkehrssektor erreicht werden.

Deshalb ist es richtig, dass Ökonom*innen, Verbände, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen unisono ein Konjunkturprogramm der Bundesregierung mit klarem Fokus auf Klimaschutz und Energiewende und auf Basis des europäischen Green Deals fordern. Investitionen in Zukunftstechnologien und in den Umbau der Wirtschaft dienen der ökonomischen Wiederbelebung und dem Klimaschutz!

Die Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland betreiben seit Jahren mit Unterstützung der verschiedenen Bundesregierungen erfolgreich kommunalen Klimaschutz und zunehmend auch Klimaanpassung. Sie haben u.a. durch die Positionspapiere der kommunalen Spitzenverbände zum Klimaschutz, zum deutschen Klimaschutzgesetz sowie zur Klimaanpassung wichtige Beiträge zum öffentlichen Diskurs geleistet.



zum Weiterlesen

Postwachstumsstadt – Konturen einer solidarischen Stadtpolitik.

➔ www.bit.ly/37i7AOB

Positionen des Deutschen Städtetages zum Klimaschutzgesetz und zum Klimaschutzprogramm 2030, Deutscher Städtetag 2019.

➔ www.bit.ly/3cJPPJr

Ein Europäischer Grüner Deal (European Green Deal), Europäische Kommission.

➔ www.bit.ly/3cOYg6f

Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WGBU) 2011.

➔ www.bit.ly/3f8pJRI

All dies wird jedoch nicht reichen. Lernen aus der Corona-Krise sollte eben auch für Kommunen kein einfaches „Rebooting the city“ bedeuten, sondern eher ein „New-booting“. Es muss ein Umdenken und ein Wandel in der realen Politik – im Sinne einer wirklich klimagerechten Stadt- und Wirtschaftsentwicklung und in Richtung einer „Post-Wachstumskommune“ – stattfinden.

Zur Verbesserung der Robustheit und der Vorsorge von Kommunen gegenüber Klimaänderungen und Extremwetterereignissen bedarf es der

Sensibilisierung und Eigenvorsorge von Bevölkerung und Unternehmen sowie einer integrierten Hitze-, Starkregen- und Trockenheitsvorsorge. Dafür müssen die kommunalen Gesundheitsämter dringend mit mehr Kapazitäten und ausreichend umweltmedizinischer Expertise ausgestattet werden. Wesentlich wird auch sein, der Verbesserung der Umweltqualität, der klimabezogenen Gesundheitsvorsorge, der Schaffung von mehr grünen Räumen für Artenvielfalt und der Wiederverwendung von Niederschlagswasser in Stadtplanungen und Quartiersentwicklungen Priorität einzuräumen.

Kurzfristige Handlungsoptionen für (noch) mehr Klimaschutz in und durch Kommunen können die Umwandlung von Fahrspuren in Bus- oder Radspuren, die Schaffung von mehr Platz für urbanes Grün, Rad- und Fußverkehr, die Einrichtung stadtnaher P+R-Parkplätze und kostenfreier Pendel- und Lieferverkehre mit Elektro-Bussen und E-Taxen sein. Zudem sind kommunale Vorgaben und Anreize für mehr privaten Klimaschutz, Energie- und Wärmeeffizienz im Bestand, Photovoltaikanlagen auf allen geeigneten Dächern, mehr private E-Ladeinfrastruktur usw. zu schaffen. Bund und Länder sollten die Kommunen als wichtige Akteure im Umgang mit dem Klimawandel dabei unterstützen: Mit mehr Befugnissen, der Beseitigung von Hemmnissen und zusätzlichen Finanzmitteln ohne Auflagen.

Wir alle wissen, welche Ziele im Klimaschutz und in der Klimaanpassung erreicht werden müssen, um mindestens die 2-Grad-Zielmarke einzuhalten und einen wesentlichen Teil der auch bei uns aufgrund des Klimawandels zu erwartenden Risiken und Schäden zu vermeiden. Warum aber gelingt uns ein solidarisches Handeln in der Corona-Krise, nicht aber beim Klimaschutz? Solidarität mit denjenigen, die bereits heute stark betroffen sind und zukünftig noch mehr sein werden – und nicht zuletzt mit unseren eigenen Kindern und Enkel*innen, den zukünftig betroffenen Generationen?

Diese werden neben den Auswirkungen des demografischen Wandels und der enormen aktuellen Neuverschuldung auch die Folgen des Klimawandels tragen müssen. Zu Recht empfinden viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene das als nicht akzeptabel und beteiligen sich deshalb an den weltweiten Klimaprotesten. Langfristige Solidarität mit heutigen und zukünftigen Betroffenen und Vorsorge für die Zukunft müssen daher für Klimaschutz und Klimaanpassung unsere Leitmotive des Handelns und der Krisenbewältigung sein.

Über die Chance und Notwendigkeit, die Zukunft neu zu denken

Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, dass die Erzählung von trägen Systemen und unüberwindbaren Abhängigkeiten nicht länger aufrecht zu erhalten ist. Der Weg aus der Corona-Krise führt zu neuen Horizonten grundlegender Transformation.

Die Vulnerabilität unserer globalisierten Gesellschaft hätte uns kaum eindrucksvoller offenbart werden können: Keine politischen Mächte, Atomwaffen oder Cyberwars haben ein Drittel der Weltbevölkerung in den Lockdown geschickt, sondern etwas, das elektronenmikroskopisch klein ist, sich rasend schnell unsichtbar verbreitet und einen ziemlich austauschbaren Namen trägt.

SARS-CoV-2 hat unser Leben umgekrempelt – selbst bei denen von uns, die in gesundheitlicher und sozioökonomischer Hinsicht sehr resilient, also krisenfest, sind. Unsere Handlungsmöglichkeiten sind stark eingeschränkt und wir müssen viele Alltagsgewohnheiten auf Basis von Informationen umstellen, deren Geltungsdauer unbekannt ist. Gleichzeitig ist klar, dass diese Krise noch lange nachwirken wird. Auch wenn wir angesichts der Komplexität der gesellschaftlichen und natürlichen Rahmenbedingungen im Grunde immer unter Zukunftsunsicherheit handeln, wird dies aktuell anhand der durch Corona verursachten Brüche für alle besonders deutlich. In dieser Situation dürfte das Bedürfnis nach neuen und erstrebenswerten Zukunftsbildern in der Gesellschaft wachsen, da diese dabei helfen können, die Unsicherheit abzumildern. Hier liegt die große Chance und zugleich Verantwortung, die sich jetzt für Entscheidungsträger*innen auf unterschiedlichen Ebenen und nicht zuletzt auch bei den Kommunen ergibt: Sie sollten gerade jetzt zeigen, dass Zukunft in gemeinsamer Verantwortung mit den Bürger*innen gestaltbar ist und daher ermöglichen, Zukunft neu zu denken.

Wie sich diese Chance wahrnehmen lässt und man in Richtung wünschenswerter Zukünfte hinwirken kann, diskutiert Polina Silakova an einem an die Corona-Pandemie angepassten 3-Horizonte-Modell, das auch für Kommunen anwendbar ist. Sie betont die Notwendigkeit, die aktuelle Realität – auch als mögliche unmittelbare Zukunft – zu akzeptieren (Horizont 1), um auf dieser Basis Resilienz und Handlungskompetenzen für die folgenden Horizonte aufzubauen. Die aktuelle Realität ließe sich mit dem Narrativ der Transformation produktiv nutzbar machen: Wer möchte ich selbst sein – jetzt und nach der Pandemie? Welche neuen Möglichkeiten ergeben sich aus der Krise? Dieses Modell funktioniert für Individuen wie auch

für Organisationen, Verwaltungen und die Kommunen als Gesamtgesellschaft. Aufbauend auf der Akzeptanz und Reflektion der momentanen Situation kann eine wünschenswerte Zukunft (Horizont 3) formuliert werden. Schließlich macht man sich momentane Stärken bewusst, reflektiert Werte und Handlungen, eignet sich fehlende Fähigkeiten und Fertigkeiten an, experimentiert und passt den Kurs fortlaufend an (Horizont 2), um sich in Richtung der gewünschten Zukunft zu bewegen. Dass dies alles möglich ist, lässt etwa die niederländische Metropole Amsterdam hoffen. Die Stadt hat bekannt gegeben, dass sie den immensen ökonomischen Schäden der Corona-Pandemie begegnen werde, indem sie ihre Gesamtstrategie grundlegend umbauen und ihren Entscheidungen das Modell der „Donut-Ökonomie“ zugrunde legen werde, schreibt Daniel Boffey im Guardian. Nach diesem Modell orientiert sich wirtschaftliches Handeln an ökologischen Grenzen anstatt an Gewinnmaximierung und strebt eine sozial gerechtere Verteilung von Ressourcen an.

In Hinblick auf den dritten Horizont sollten jedoch nicht nur eine wünschenswerte Zukunft ausdefiniert, sondern unterschiedliche Zukunftsbilder durchdacht werden: Wie auch schon in der Finanzkrise oder Migrationssituation vor fünf Jahren, wurde einmal mehr deutlich, dass wir stärker als bisher in Entwicklungsbrüchen denken müssen und unterschiedliche Szenarien vorsehen sollten, um jeweilige Handlungsmöglichkeiten abzustecken. Die nun benötigten Zukunftsvisionen müssen also grundlegende Transformationen in das Zentrum aller Überlegungen stellen, um Krisen und Brüche beherrschbarer zu machen. Und das können sie jetzt auch, denn die Gesellschaft hat in den letzten Wochen eindrucksvoll vorgeführt bekommen, dass schnelles und tiefgreifendes politisches Handeln möglich ist – oder wie Ullrich Fichtner es in der Titelgeschichte des SPIEGEL schreibt: „Wie [wollen die Entscheidungsträger*innen], die ganze Völker unter Hausarrest stellen können, den [Bürger*innen] künftig erklären, dass sie ein schnelles Verbot von Plastiktüten leider, leider nicht hinbekommen?“ Die Corona-Pandemie stellt die (behauptete) Unveränderlichkeit von Systemen infrage und erweist sich auch als ein Möglichkeitsfenster für sehr kurzfristige und richtungsweisende



Foto: Difu



Dr. Jasmin Jossin
+49 30 39001-200
jossin@difu.de

Unter Mitarbeit von
externen Projekt-
kolleg*innen:
Annette Voigt, Katja
Becker und Richard
Beecroft

Transformationschritte: Um dem Radverkehr mehr Raum einzuräumen und ‚Physical Distancing‘ zu ermöglichen, wurden in Berlin und Bogotá (Kolumbien) kurzfristig zusätzlich zu den bereits bestehenden Fahrradwegen durch die Sperrung von Fahrspuren sogenannte Pop-Up-Bikelanes angelegt. New York City sperrte gleichzeitig mit den Spiel- und Sportplätzen ganze Straßen für den Autoverkehr, um den Menschen die Möglichkeit des gefahrlosen Aufenthalts im Freien zu ermöglichen. Die gedankliche Vorbereitung auf Entwicklungsbrüche lässt sich besonders gut anhand der partizipativen Szenario-Methode realisieren, die auf Grundlage von Daten und Annahmen alternative, aber jeweils plausible Zukunftsannahmen beschreibt und dabei auch das systemische Denken der Beteiligten trainiert.

Schließlich können gemeinsam mit der Zivilgesellschaft auch die Potentiale ganz radikaler Zukunftsvorstellungen und insbesondere die Ambivalenzen von utopischen (und gegebenenfalls auch von dystopischen) Zukunftsbildern erkundet

kollaborativen Formulierung von Zukunftsbildern auch träumerisch-utopische und durchaus streitbare Visionen einzubeziehen, ohne sofort die Realisierbarkeitsfrage beantworten zu müssen.

Mit den aktuellen Zukunftssorgen vieler Menschen zeigt sich in der Gesellschaft eine breite Bereitschaft, die Frage nach dem „Wohin“ neu zu diskutieren. Dass die häufig zitierten, erhofften Systembrüche und Paradigmenwechsel allein durch die Corona-Krise eintreten werden, ist kaum zu erwarten. Vielmehr laufen wir Menschen typischerweise Gefahr, mit zunehmender Rückkehr des gewohnten Alltags wieder schnell in alte und problematische Gewohnheiten abzurutschen oder diese sogar zu verfestigen. So könnten beispielsweise nicht nachhaltige Konsum-Muster, die durch den Lockdown unterbrochen waren, durch die allgemeine Senkung der Mehrwertsteuer schnell wieder zur Gewohnheit werden. Die Entscheidungsträger*innen auf allen Ebenen sind daher gefragt, das Nachdenken über eine neue Zukunft schnell, umfassend und ko-kreativ zu ge-

zum Weiterlesen

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2019). Nachdenken über die Stadt von Übermorgen. BBSR-Online-Publikation Nr. OX/2019.

Verfügbar unter:
www.bit.ly/2YgO7Ls

Boffey, D. (2020). Amsterdam to embrace ‚doughnut‘ model to mend post-coronavirus economy.

Verfügbar unter:
www.bit.ly/2XV925n

Fichtner, U. (2020). Am Anfang war das Virus. Der Spiegel Nr. 17/18.04.2020, S. 8-15.

Silakova, P. (2020). The Three Horizons Technique to Get Through the Pandemic. Manage uncertainty like a futurist. Verfügbar unter:
www.bit.ly/3gNUgWB



Foto: Wolf-Christian Strauss, Difu

werden: Aus psychologischen Studien ist bekannt, dass voraussetzungsloses und pfadunabhängiges Denken, befreit von den Schranken technischer, gesellschaftlicher oder finanzieller Rahmenbedingungen, die Motivation verbessern kann, sich an gesellschaftlichen Veränderungen zu beteiligen. Ferner kann es die Kreativität anregen und Innovationen hervorbringen. Es kann also sinnvoll sein, nach geeigneten Formaten zu suchen, um bei der

stalten und damit ein seltenes Möglichkeitsfenster zu nutzen, wie es sich – hoffentlich, berücksichtigt man dessen „Preis“ – für längere Zeit nicht mehr ergibt. Dies nachdrücklich einzufordern, zu unterstützen oder je nach der individuellen Rolle auch selbst mit anzustoßen, ist eine Aufgabe, die uns alle angeht.

Radverkehr im Ausnahmezustand: Mit Rückenwind aus der Krise?

Die Corona-Krise führt zu veränderten Mobilitätsroutinen und einem nie dagewesenen Bewusstsein, dass Zufußgehende und Radfahrende mehr Platz brauchen. Kommunen haben nun die Möglichkeit, die neue Normalität zu gestalten.

Das Coronavirus verändert die Mobilität in deutschen Kommunen so abrupt wie noch nie. Plötzlich ist deutlich weniger Autoverkehr unterwegs und es wird sichtbar, wie ungleich der öffentliche Raum zwischen Menschen und Kraftfahrzeugen verteilt ist. Politiker*innen, Wissenschaftler*innen, Ärzt*innen und Organisationen wie die WHO fordern die Menschen auf, ihre Wege möglichst zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückzulegen. So könne beispielsweise das Fahrradfahren seine – gerade für die Phase des Lockdowns – positiven Effekte auf Gesundheit, Psyche, Gesellschaft und Umwelt zeitigen. Denn Radfahren ermöglicht individuelle Mobilität mit Abstand, fördert das Wohlbefinden und ist zudem platzsparend, kostengünstig, inklusiv und klimaschonend.

Bereits in vergangenen Krisen hat sich das Fahrrad als widerstandsfähiges Verkehrsmittel bewährt. Nach schweren Erdbeben 2017 in Mexiko-Stadt und 2011 in Tokio erwiesen sich Fahrräder und Motorräder als die sichersten und effektivsten Verkehrsmittel. Die Ölkrise der 1970er Jahre führte zu Einschränkungen im motorisierten Verkehr, zu autofreien Sonntagen, zu Spaziergängen und Radfahrten auf Autobahnen. In den Niederlanden verlor das Fahrrad seine große Bedeutung als Alltagsverkehrsmittel nie wieder.

Mit den Einschränkungen während der Corona-Krise nahm der Verkehr – wie erste Auswertungen belegen – deutlich ab. Insbesondere der ÖPNV verzeichnet massiv reduzierte Nutzerzahlen. Die Menschen sind stattdessen individuell unterwegs: Das Institut für angewandte Sozialwissenschaft ermittelte per Mobilitätstracking eine Zunahme der Wege zu Fuß, mit dem Fahrrad und dem privaten Pkw. Einer Studie der TU Dresden zufolge fahren 40% der Befragten öfter mit dem Fahrrad.

Kommunen weltweit fördern in der Krise den Radverkehr. Bogotá, Budapest, Montpellier und Paris haben in kurzer Zeit neue Radwege angelegt. In Deutschland setzt Berlin Maßstäbe: Binnen weniger Wochen wurden mehr als 10 Kilometer Fahr- oder Parkspuren in temporäre Radfahrstreifen (sogenannte Pop-up-Bike-Lanes) umgewandelt. Mit dieser „pandemieresilienten Infrastruktur“ schließt Berlin Lücken im Radverkehrsnetz,

ermöglicht größere Abstände zwischen den Radfahrenden und macht das Radfahren sicherer und angenehmer. Übliche Planungs- und Umsetzungszeiträume von mehr als drei Jahren sind durch agile Verwaltungsverfahren auf „eine Woche nachdenken und eine Woche umsetzen“ reduziert worden, berichtete Felix Weisbrich vom Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg beim Difu-Online-Dialog in Zusammenarbeit mit der Fahrradakademie am 29.4.2020. Der temporäre Charakter der Radstreifen ermögliche es außerdem die Radwegeplanungen ad hoc zu optimieren, was bei festen baulichen Anlagen schwer möglich sei. Das spare Planungskosten und beschleunige zukünftige Bauvorhaben. Ziel in Berlin sei es, dass viele der temporären Radwege nahtlos in dauerhafte Radinfrastruktur überführt werden. Mit dem Berliner Mobilitätsgesetz gebe es bereits einen weitreichenden politischen Beschluss für die Radverkehrsförderung. In der aktuellen Pandemie-Situation spielt diese Berliner Besonderheit allerdings nur eine untergeordnete Rolle. Somit ist das Vorgehen auch für andere deutsche Kommunen grundsätzlich anwendbar. Die Berliner „Corona-Pop-up-Bike-Lanes“ haben ein deutschland- und weltweites Echo hervorgerufen, die dazugehörigen „Regelpläne“ für Pop-up-Bike-Lanes liegen inzwischen auch auf Englisch und Französisch vor.

Für Schlagzeilen sorgen auch die temporären Begegnungs- und Fußgängerzonen in Wien. Durch die Fahrbahnumnutzung können vor allem in dicht bebauten Gebieten mit nur schmalen Gehwegen Zufußgehende einen ausreichenden Sicherheitsabstand einhalten.

Für mehr Sicherheit im Straßenraum fordern Kommunen (z.B. Köln) und Verbände (z.B. die Deutsche Umwelthilfe) Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts; das Bundesrecht verhindert dies derzeit. Im europäischen Ausland gehen Städte wie Brüssel und Mailand mit Tempolimits voran.

Auch günstigere Konditionen bei städtischen Fahrradverleihsystemen unterstützen das Fahrrad als krisensichere Mobilitätsoption. In vielen Kommunen (z.B. Dresden, Jena, Recklinghausen) werden zudem die Bedarfsampeln auf automatische



Fotos: Difu

 Dipl.-Geogr. Tobias Klein
+49 30 39001-175
klein@difu.de

Dagmar Köhler
+49 30 39001-108
koehler@difu.de

Thomas Stein, M.A.
+49 30 39001-181
stein@difu.de



Foto: qimby, Frank Masurat

Grünzeiten für Fuß- und Radverkehr umgestellt, um Infektionen über Druckflächen zu vermeiden.

Die Corona-Pandemie eröffnet ein Möglichkeitsfenster für veränderte Mobilitätsroutinen. Nutzer*innen des öffentlichen Personennahverkehrs steigen auf das Fahrrad um. Bei geeigneten Distanzen kann der Radverkehr den in Prä-Corona-Zeiten übervollen ÖPNV entlasten und so Komfort und Sicherheitsabstände der verbliebenen Fahrgäste erhöhen.

In der Krise wird deutlich, wie wichtig aktive Mobilität für Luftreinhaltung und gesundheitliche Prävention ist. Fahrradfahren und Zufußgehen brauchen bessere Bedingungen, Sicherheit und Priorität in der Mobilitätsplanung. Verkehrsunfälle selbst sind mit mehr als 3.000 Toten im Jahr 2019 eine dauerhafte Krise, die nicht nur Gesundheitssysteme belastet, sondern Menschen jeden Alters unmittelbar aus dem Leben reißt. Zufußgehende und Fahrradfahrende sind überproportional gefährdet.

Der in der Krise verminderte Kfz-Verkehr ist ideal, um die Bedingungen für den Radverkehr kurzfristig zu verbessern. Städte wie Berlin und Wien dienen dabei als Ideengeberinnen. Gute Verkehrsbedingungen sind entscheidend, damit sich Fahrradfahrende sicher fühlen und das Rad auch nach der Krise weiter nutzen.

Für die Kommunen ist es wichtig, dass sie trotz wegbrechender Steuereinnahmen handlungsfähig bleiben. Ein möglicher „kommunaler

Rettungsschirm“ muss den Radverkehr als nachhaltiges, krisensicheres, einkommensunabhängiges und für die öffentliche Hand vergleichsweise kostengünstiges Verkehrsmittel fördern. Im Umgang mit Verkehr und öffentlichem Raum benötigen Kommunen darüber hinaus erweiterte Regelungskompetenzen. Tempolimits und Flächenumwidmungen können auf kommunaler Ebene am besten entschieden werden.

Welche Verkehrsmittel die Menschen in der neuen Normalität der Corona-Pandemie wählen, hängt nicht zuletzt von der Prioritätensetzung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ab. Regierungen und Behörden aller Ebenen müssen sich jetzt mehr denn je zu klaren Zielen für nachhaltige Mobilität mit und nach COVID-19 bekennen. Städte, Gemeinden und Landkreise sind gut beraten, das Fahrrad als resilientes, krisenfestes Verkehrsmittel zu fördern und nachhaltige Mobilität mit sicherem Fuß- und Radverkehr zentral in Pandemie-, Exit- und Entwicklungsplänen zu verankern.

zum Weiterlesen

Difu-Dialoge: Krisenfestes Radfahren: Die Pop-up-Radwege in Berlin.

➔ www.difu.de/13425

Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (2020): Regelpläne zur temporären Einrichtung und Erweiterung von Radverkehrsanlagen.

➔ www.bit.ly/2Cij9df

infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH (2020): Unsere Alltagsmobilität in der Zeit von Ausgangsbeschränkung oder Quarantäne – alles anders oder nicht? Ergebnisse aus Beobachtungen per Mobilitätstracking, Bonn/Berlin.

➔ www.bit.ly/2ZlcMJR

Corona-Krise: Window of Opportunity im Umgang mit der Digitalisierung

Die Krise ist ein Window of Opportunity für die digitale Transformation. Sie beschleunigt ohnehin laufende Digitalisierungsprozesse, zeigt aber auch, dass Erwartungen intelligenter Steuerung zunächst eine gesellschaftliche und keine technische Frage sind.

Die Corona-Krise zeigt im Kontext der Digitalisierung ein ambivalentes Gesicht. Einerseits trägt die Tatsache, dass digitale Systeme weite, wenn nicht nahezu alle Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens erfassen und abbilden können, ganz maßgeblich zur Krisenbewältigung bei. Andererseits werden ohnehin laufende Diskurse um die Richtung und das Maß der Digitalisierung noch intensiver geführt.

Zahlreiche Kommunen haben in den vergangenen Jahren eigene Digitalisierungsstrategien entwickelt. Angetrieben wird die Entwicklung nicht zuletzt durch das Konzept der sogenannten Smart City als einer Stadt, in der neuartige Lösungen der Informations- und Kommunikationstechnik für ganz unterschiedliche Bereiche der Stadtentwicklung bereitgestellt werden. Handlungsschwerpunkte sind der Aufbau digitaler Verwaltungen, die intelligente Steuerung der Energieversorgung, integrierte Mobilitätsdienstleistungen und immer stärker auch Aspekte der digitalen Partizipation sowie der digital gestützten Bildung.

Es ist zu erwarten, dass künftig sämtliche städtischen Systeme digitalen Steuerungs- und Kontrollmechanismen unterworfen werden. Ganz praktisch kann man dieses bereits heute in Bereichen sogenannter kritischer Infrastrukturen beobachten. Zu diesen zählen beispielsweise die Bereiche der Energie- und Trinkwasserversorgung, der Informations- und Kommunikationstechnologien, des Transport- und Verkehrswesens, aber auch des Gesundheitswesens sowie des Katastrophenschutzes und des Rettungswesens. Es zeigt sich eine immer stärkere Vernetzung und Automatisierung von Anlagen, Prozessen und Diensten (z.B. Smart Services mithilfe von intelligenten Zählern, Verknüpfung von Sensorik/Regelungstechnik/Automatisierungstechnik mit datengetriebenen Entscheidungsmodellen zur Anlagensteuerung). Die Krise zeigt deutlich, dass die eigentliche Herausforderung für das Funktionieren der Infrastrukturen jedoch weniger die Technologie, sondern vielmehr der Faktor Mensch ist. So hat bei den kommunalen Unternehmen in den vergangenen Wochen der Infektionsschutz größeren Stellenwert bekommen. Hier geht es vor allem um das Personal. Beschäftigte, die direkt für die Aufrechterhaltung der Versorgung verantwortlich sind, arbeiten

beispielsweise in Schichtsystemen, um eine mögliche Ansteckung der gesamten Belegschaft zu vermeiden. Einige Spezialisten verlassen ihre Betriebe zeitweise gar nicht mehr. All dies, damit die öffentliche Daseinsvorsorge stabil gesichert ist.

Im Narrativ der Smart City wird vielfach davon ausgegangen, dass digitale Systeme die Lösung für urbane Probleme seien. Sicherlich bieten sie vielfältige Möglichkeiten, um städtische Verwaltungsdienstleistungen und Daseinsvorsorge weiter zu verbessern. Jedoch bedeutet ein mehr an digitaler Steuerung und Vernetzung noch lange nicht, dass damit die Probleme viel zu hoher CO2-Emissionen, sich verschärfender sozialer Polarisierung der Gesellschaft oder regional ungleicher ökonomischer Entwicklung gelöst sind. Denn all diese Probleme resultieren im Kern aus ökonomischen Entwicklungen und politischen Entscheidungen, sind aber nicht fehlender Technologie geschuldet.

Smarte Systeme können zu mehr Lebensqualität in unseren Städten beitragen. Sie bergen aber auch die Gefahr, dass sie vorhandene Probleme noch verschärfen anstatt sie zu lösen. Es kommt ganz entscheidend darauf an, wofür und wie digitale Technologien eingesetzt werden. Dies zeigt sich aktuell in der Frage des Umgangs mit möglicher digitaler Kontrolle vulnerabler Bevölkerungsgruppen oder der Rückverfolgung von Ansteckungsketten. Technisch ist es beispielsweise problemlos möglich, Bewegungsprofile über die Bewohner*innen unserer Städte anzulegen und über Sensoren festzustellen, ob sich die Bevölkerung an die geforderte soziale Distanz hält. Aber wäre das auch gesellschaftlich wünschenswert? Oder widersprechen solche Maßnahmen nicht vollkommen dem, wofür die europäische Stadt qua Definition steht? Solche technische Überwachung ist jedenfalls geeignet, soziales Miteinander und Öffentlichkeit grundlegend zu gefährden. In einer offenen Gesellschaft braucht es andere Formen der Krisenbewältigung. Erforderlich sind überzeugende Erklärungen der politisch Verantwortlichen und ein stetiger Diskurs über notwendige Maßnahmen. Dass es in der Corona-Krise bisher gelungen ist, die Bevölkerung dazu zu bewegen, mehr aufeinander Rücksicht nehmen, physisch Abstand zu halten und nicht



Foto: Difu



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de



unbedingt notwendige Wege zu vermeiden, zeigt, dass es um das soziale Miteinander offensichtlich nicht so schlecht steht und die Einsicht zur vorübergehenden Einschränkung der individuellen Lebensgewohnheiten vorhanden ist. Die smarte Lösung heißt also (analoge wie digitale) Kommunikation anstelle technischer Kontrolle des sozialen Lebens.

Ebenso entscheidend ist, was die digitale Transformation für einzelne Bevölkerungsschichten oder unterschiedliche Räume bedeutet, ob alle gleichermaßen daran partizipieren oder nicht. So ist im Kontext neuer digitaler Anwendungen für Städte und in Städten viel von Testbeds, Living Labs oder Innovationslaboren die Rede. Es handelt sich um Experimentierräume für Innovation, bei denen gemeinschaftlich im Kreis von Wissenschaft, Technologieanbietern und Kommunalverwaltungen standardisierte digitale Produkte und Dienstleistungen unter Echtbedingungen erkundet werden. Die Labore sind auf die Erprobung und Verbreitung von Technologien fokussiert. Weniger im Zentrum steht die soziale Stadtentwicklung und die Frage, was die Lebensqualität von Städten und Quartieren ausmacht. Gerade in der Corona-Krise nimmt nun die Bedeutung nahräumlicher sozialer Beziehungen offensichtlich wieder zu. Vielerorts zeigen sich nachbarschaftliche Netzwerke und Austauschplattformen. Diese sind in aller Regel digital gestützt, setzen aber vor allem auf Engagement und soziales Miteinander. Anstelle des oft beklagten Digital Divide steht plötzlich digitale Teilhabe und digitale Inklusion im Mittelpunkt. Für an den Bürger*innen orientierte Digitalisierungsstrategien ist diese Entwicklung wertvoll, bietet sie doch die Chance, soziale Aspekte der Digitalisierung stärker in den Fokus zu rücken und lebensweltliche Wirkungen smarter Technologien zu überprüfen.

zum Weiterlesen

DST – Deutscher Städtetag (2020): Kommunale Daten. Diskussionspapier des Deutschen Städtetags, Berlin und Köln.

Libbe, Jens (2018): Smart City. In Handbuch Stadtkonzepte. Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen, Hrsg. Dieter Rink und Annegret Haase, 429–449. Stuttgart: utb.

Siebel, Walter (HG.) (2004): Die europäische Stadt. Frankfurt a.M. 2004.

Gewinner der Corona-Krise dürften global agierende Internet- und Telekommunikationsunternehmen sein, also jene, die bereits heute vielfach um die Städte als Kund*innen werben. Das Geschäftsmodell der Unternehmen ist zum einen die Extraktion und Kommerzialisierung von Daten, zum anderen die Entwicklung von Plattformen und Systemen für Städte. Beide Praktiken sind geeignet, die kommunale Daseinsvorsorge grundlegend zu gefährden. Daten besitzen nicht nur einen ökonomischen sondern vor allem auch einen gesellschaftlichen Wert. Die für städtische Planung und kommunalwirtschaftliche Betätigung elementaren Daten gehören daher in öffentliche und nicht in private Hände. Urbane Datenplattformen und Cloud-Infrastrukturen werden künftig der Dreh- und Angelpunkt des kommunalen Datenraums sein. Es liegt im Interesse der Städte und ihrer Bürger*innen, wenn sie diese Basisinfrastruktur selbst organisieren. Es geht zum einen um die Governance von Daten in Hinblick auf Privatheit, Sicherheit, Eigentum und Zugang, zum anderen um die Vernetzung der vielfältigen Datenbestände, wie sie bereits heute in verschiedenen Fachbereichen und Betrieben vorliegen. Die Schaffung eigener Organisationseinheiten ist dabei ebenso eine Option wie interkommunale Lösungen. Entscheidend ist die technische wie organisatorische Souveränität über Daten und Dateninfrastrukturen und damit die demokratische Kontrolle im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung.

Die Corona-Krise legt den erreichten Stand der Digitalisierung in unseren Städten ganz unmittelbar offen. Sie verdeutlicht die Notwendigkeit eines transparenten Umgangs mit den technologischen Möglichkeiten. Und sie zeigt, dass digitale Infrastrukturen niemals allein technische Angelegenheiten sind, sie sind vor allem eine gesellschaftliche Angelegenheit.

Weiter wie gewohnt? Impulse für die Wohnungspolitik

Krisen führen häufig nicht zu völlig neuen Herausforderungen, vielmehr werden beim Wohnen – wie auch in anderen Bereichen – bestehende Unzulänglichkeiten unübersehbar. Die Chance liegt darin, längst überfällige Reformen in Angriff zu nehmen.

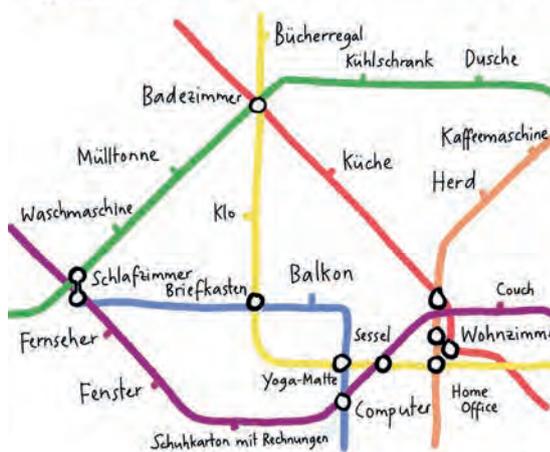
Wir bezeichnen das Wohnen schon immer als existenzielles Grundbedürfnis. Der Blick war dabei meist auf diejenigen gerichtet, die entweder wohnungslos bzw. von Wohnungslosigkeit bedroht waren oder in prekären Verhältnissen lebten. Während des Lockdowns mit Kontaktverboten und Ausgangsbeschränkungen zeigte sich die Bedeutung der eigenen Wohnung für alle überdeutlich. Die Wohnung war nicht mehr nur ein privater Rückzugsort, sie war – für viele völlig ungewohnt – der einzige Aufenthaltsort. Die Rekonzentration der sonst räumlich verteilten Aktivitäten und besuchten Orte – wie Arbeit, Schule, Fitness, Spielplatz, Restaurant, Kino, Theater, Kommunikation –, die zugleich alle Personen des jeweiligen Haushalts betraf, geriet so zu einem Stresstest. Die Daueranwesenheit verändert die Wahrnehmung der eigenen vier Wände. Im Falle von Unzulänglichkeiten traten diese durch die Unerreichbarkeit der sonstigen Kompensationsmöglichkeiten stärker zu Tage.

Infrastrukturen vermehren Ansteckungsgefahren, kleine Wohnungen muten wie Gefängnisse an, die Vielfalt der Formen des Zusammenlebens schrumpft auf Kernfamilien. Parallel dazu rückt die wirtschaftliche Vulnerabilität vieler Existenzen ins Bewusstsein. In der Summe greifen die Einschnitte die städtische Substanz an, denn es ist eben kein Dornröschenschlaf, der die sonst geschäftigen Quartiere überfallen hat – Dornröschen musste zumindest keine Miete zahlen.

Daraus resultiert die Sehnsucht nach einer schnellen Rückkehr zur „alten Normalität“ bzw. dem Finden einer „neuen Normalität“. Nur, wie soll diese aussehen? Die großen Fragen ranken sich darum, wie Corona – auch mit allen wirtschaftlichen Konsequenzen – die Stadt verändern wird bzw. welche Veränderungen in den Städten notwendig sind. Die historischen Referenzen sind da, kann doch die Geschichte des Modernen Bauens – gekennzeichnet durch Licht, Luft und Sonne – ebenso wie die großer Infrastrukturprojekte auch auf die Seuchenprävention zurückgeführt werden. Naheliegender ist dabei die Hoffnung auf die technischen Möglichkeiten der Smart City, die einerseits die Eindämmung von Infektionsherden verspricht. Andererseits ermöglichen die digitalen Technologien mit dem Arbeiten im Homeoffice gerade den größten Feldversuch neuer Arbeitsweisen, den es jemals gegeben hat.

Beides hat eine Kehrseite, denn es ist bisher weder der datenschutzkonforme Umgang mit den Personendaten abschließend geklärt, noch bieten Privatwohnungen zwangsläufig eine adäquate Arbeitsumgebung. Viele der Wohnungen sind oft nicht einmal in ihrer originären Bestimmung für die Nutzenden bedarfsgerecht. Im Gegenteil: Die Steigerungen der Bodenpreise und Baukosten in den letzten Jahren ließen die gesellschaftlich-kulturelle Seite des Wohnungsneubaus weiter in den Hintergrund treten. Der Nachfrageschock bedingt, dass nahezu jede Wohnung Abnehmer*innen findet, insofern fehlt hier das Korrektiv des „Verbrauchers“. Der Auftrag kostengünstig zu bauen, ergeht vor allem an öffentliche Bauverantwortliche, während Private dieses Ziel aus Profitabilitätsgründen verfolgen. In der Kombination aus definierten Mindeststandards und Zeitdruck wird das immer gleiche Muster aus Familienwohnungen

FAHRPLAN IN CORONA-ZEITEN



Grafik: Kera Till, www.keratill.com

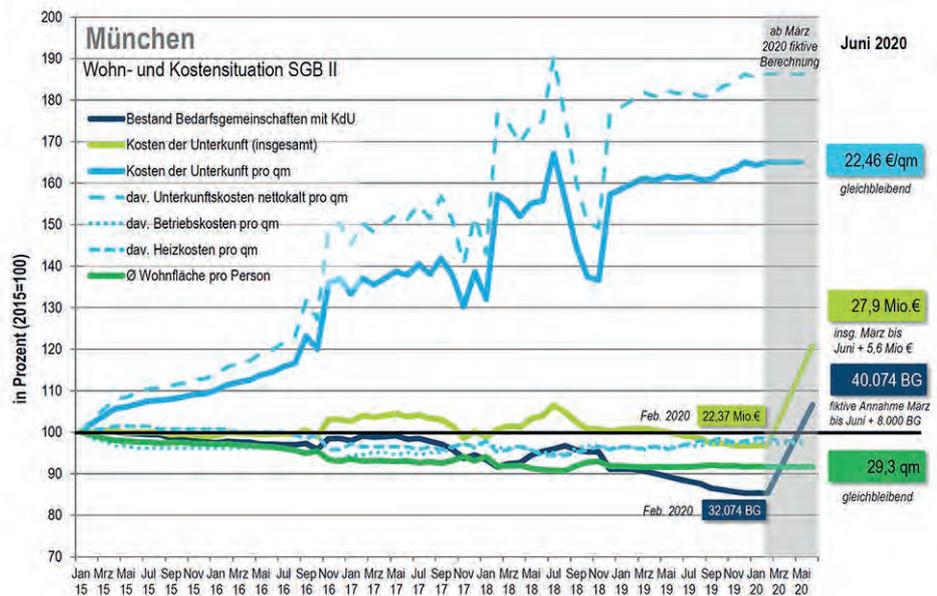


Foto: Difu

Selbst die überzeugtesten Urbaniten erwischten sich bei Gedanken über die Vorzüge eines ländlichen Einfamilienhauses mit Garten – dort ließe es sich wahrscheinlich leichter aushalten. Die gepriesenen Vorzüge der Stadt waren über Nacht passé und der Gang zum Supermarkt avancierte zur einzigen legalen außerhäusigen „Freizeitbeschäftigung“. Ebenso wurden andere Parameter der zeitgenössischen Stadt auf den Kopf gestellt: Dichte und kollektiv genutzte Güter sowie



Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf Datenbasis der Bundesagentur für Arbeit (1/2015–2/2020)

und Singlewohnungen weiter reproduziert. Der Wohnungsbestand spiegelt so mitnichten eine diversifizierte Gesellschaft mit ihren Ansprüchen an das Zusammenleben wider. Das Paradox besteht darin, dass eine Gesellschaft, die Individualisierung als ihren Wesenskern definiert, jede Individualisierung von Wohngebäuden und Wohngrundrissen als nicht massentauglich erachtet. Unabwendbar scheint dagegen die Verwandlung ganzer Stadtquartiere in „öde, begehbare Anlagedepots“, so Niklas Maak.

Eine Hoffnung besteht darin, dass die gegenwärtige Krise zur Intensivierung des Nachdenkens über den Wohnungsbau führt – und zwar nicht nur in den Fachprofessionen sondern auch auf Seiten der Nutzenden. Robuste und flexible Wohnstrukturen sind nicht nur in einer Ausnahmesituation hilfreich, sondern sie versetzen Menschen generell in die Lage, besser mit den vielen alltäglichen, großen und kleinen Herausforderungen umgehen zu können, betont Laura Weissmüller. Die Interpretation solcher Freiheitsgrade in Aneignung und Gestaltung des existenziellen Guts Wohnen als – nicht notwendigen – Luxus schmälert die Vitalität der Stadtgesellschaft. Denn in diesen Laboren des Gemeinwesens, in den Zwischen- und Aushandlungsräumen, werden vor allem auch Vorstellungen über das Zusammenleben entwickelt und gelebt. Den Aufruf zum Social Distancing als Rückzug aus den gemeinschaftlichen Aktivitäten umzusetzen, entzieht momentan vielen sozialen Innovationen die Basis.

Die Städte brauchen gerade jetzt soziale Nähe – trotz physischer Distanz. Die Krise wird absehbar die bestehende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen verstärken. Damit kommen auch die sozialen Sicherungssysteme stärker

unter Druck, was sich im Anstieg der Anträge auf Transferleistungen – etwa von Beschäftigten aus dem Dienstleistungssektor – zeigt. In den zurückliegenden Jahren wurden die Mietpreissteigerungen in vielen Städten durch den Rückgang der Zahl an Bedarfsgemeinschaften kompensiert. Das kehrt sich nun um und wird sich deutlich auf die kommunalen Haushalte auswirken, wie die fiktive Berechnung am Beispiel Münchens zeigt.

Über die Bezahlbarkeit des Wohnens wurden in den zurückliegenden Jahren zwar viel geredet, insgesamt wurden jedoch kaum substanzielle Fortschritte erzielt. Die Mietpreissteigerungen trafen all jene, deren Lebenssituation sich veränderte, die also aufgrund von Liebe, Geburten, Scheidungen etc. umziehen wollten oder mussten. Um diese Wohnwünsche zu realisieren, nahmen viele Haushalte hin, dass sie die Obergrenze ihrer Mietzahlungsfähigkeit – die in der Regel auf ein Drittel des Haushaltseinkommens beziffert wird – erreichten oder gar überschritten. Für einen so gravierenden Einschnitt in die Einkommenssituation, wie ihn die Corona-Krise ausgelöst hat, sind die wenigsten Haushalte gewappnet. Das bedeutet, dass zu den vielen Unsicherheiten auch noch die Bleibeperspektive in der Wohnung in Frage gestellt wird. Langfristig hilft dagegen nur, das Wohnen weniger den Gewinnabsichten des Marktes auszuliefern. Das bedeutet für Kommunen gemeinwohlorientierte Anbieter zu stärken und sich – im Wege des Bodenbesitzes – so viele Mitgestaltungsmöglichkeiten wie nur möglich zu sichern. In der Zukunft wird es darauf ankommen, in den Städten die Reaktionsfähigkeit sowie die Innovationskompetenz zu stärken sowie die Lastenverteilung in der Krisenbewältigung so gerecht wie möglich zu gestalten.

zum Weiterlesen

Maak, Niklas. (2020). After Corona Club: Gespräch von Anja Reschke mit Niklas Maak am 27. April 2020. www.bit.ly/302FR2Y

Roesler, Sascha. (2020, 03. April 2020). Epidemiologie und Stadtplanung haben eine gemeinsame Geschichte und auch Zukunft. Neue Zürcher Zeitung. www.bit.ly/2BkZMzG

Weissmüller, Laura. (2020, 24. April 2020). Was eine Wohnung alles leisten könnte. Süddeutsche Zeitung. www.sz.de/1.4885895

Beteiligungskultur in der Krise? Unerlässlich und zugleich „die“ Chance!

Schon in „normalen Zeiten“ ist Beteiligung keine einfache Aufgabe. Doch wie kann in einer Zeit, in der sich alles neu darstellt, Routinen nicht greifen und möglicherweise Ressourcen fehlen, die gute Praxis der Beteiligung aufrechterhalten werden?

Nicht nur Bund und Länder sind aktuell vollends damit befasst, die durch das Coronavirus ausgelöste Krise zu managen. Auch Städte, Gemeinden und Landkreise sehen sich vor unbekanntem Herausforderungen, für deren Lösung bislang Erfahrungswerte fehlen. Corona wird die Welt nachhaltig verändern. Was das genau bedeutet, lässt sich nicht absehen – auch wir wollen deshalb keinen Blick in die Glaskugel werfen. Viel spannender erscheint uns das, was sich derzeit in den Kommunen und für die Menschen verändert und was diese Veränderung langfristig bedeuten mag. Wer darf in der Krise mitsprechen, Lösungen mitentwickeln und Möglichkeitsräume definieren? Wer ist aktiv dabei, wer wird gefragt? Und wie wirken sich die aktuellen, pandemie-bedingten Einschränkungen auf die Bürger*innen- und Öffentlichkeitsbeteiligung sowie auf die in den Kommunen vorhandenen Möglichkeiten demokratischer Teilhabe aus? Uns bewegen dabei vor allem die Fragen, wie sich die kommunale Beteiligungskultur in der Krise gestaltet und ob Beteiligung durch die Krise selbst eine Krise erfährt.

Der Blick in die Medien – egal ob Print, Fernsehen, Podcast oder andere digitale Kanäle – zeigt: Politikberatung ist derzeit eine Aufgabe von Experten. Es mutet fast wie eine Reise in die Vergangenheit an: Überwiegend ergraute Herren mit akademischen Titeln sprechen und geben Rat. Unmittelbar Betroffene (z.B. Schüler*innen, Pflegepersonal, Erzieher*innen) werden mit ihren Alltagserfahrungen und ihrer Expertise nicht einbezogen. Ihre Mitsprache ist nicht vorgesehen, ihre Vorschläge zu bedarfsorientierten Lösungswegen sind nicht gefragt. Dass es davon viele gibt, zeigt die Welle von Unterstützung, die sich in den Nachbarschaften v.a. für diejenigen ausgebreitet hat, die unter den Folgen der Krise am meisten leiden. Allorts sprießen kreative Ideen aus dem Boden, viele Menschen helfen, soweit es ihnen möglich ist, und die Zivilgesellschaft organisiert nicht zum ersten Mal – erinnert sei an die „Flüchtlingskrise“ vor wenigen Jahren – Unterstützung. Dieses eher inoffizielle, ehrenamtliche und aus eigener und nachbarschaftlicher Initiative erwachsene Engagement steht allerdings bei Weitem nicht so stark im Fokus der Medien und der politischen Überlegungen wie die politikberatende Expertise und die offiziellen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung.

Planungen zu Bau- und Infrastrukturvorhaben zeigen beispielhaft, wie die Einschränkungen im öffentlichen Leben die informelle und formelle Beteiligung vor große Herausforderungen stellen. Denn die gängigen Formate für Kommunikation und Beteiligung, beispielsweise Workshops, Runde Tische oder andere, auf Präsenz ausgerichtete Dialog-Formate, sind gegenwärtig nicht mehr oder nur noch in grundlegend veränderter Form möglich. Doch die Pandemie muss kein Grund sein, die Kommunikation und Partizipation bei Planungs- und Infrastrukturprojekten einzustellen. Neue, insbesondere digitale, Formate und Vorgehensweisen eignen sich ebenfalls, einen transparenten, konstruktiven und zielorientierten Dialog beizubehalten bzw. neu zu entwickeln. Im Rahmen der formellen Beteiligung werden die Auslegung von Antragsunterlagen sowie Erörterungstermine derzeit neu konzipiert und telefonische oder Online-Angebote der Informationsweitergabe sowie Videokonferenzen kommen zum Einsatz. Ein aktueller Gesetzentwurf des Bundes sieht u.a. die Möglichkeiten vor, Unterlagen oder Entscheidungen durch eine Veröffentlichung im Internet auszulegen, für verbindliche Erörterungstermine Online-Konsultationen einzuführen, Verhandlungen oder Antragskonferenzen mündlich zu führen und den Bürger*innen die Gelegenheit zur schriftlichen oder elektronischen Stellungnahme zu geben.

Die Sternstunde der Digitalisierung stimmt optimistisch. Nicht zuletzt sind damit auch neue Chancen für die Beteiligung verbunden – wer sich bisher nicht traute oder nicht so recht wusste, wie mit der Online-Beteiligung umzugehen ist, wendet diese jetzt, mangels Alternativen, „einfach“ an, experimentiert und sammelt „learning by doing“ wertvolle Erfahrungen. Dies gilt sowohl für diejenigen, die zur Beteiligung einladen, als auch für die Teilnehmenden. Die Zukunft wird zeigen, ob Online-Beteiligung alleine auf Dauer ein Standbein sein kann oder ob es, wie zumindest vor der Krise übereinstimmend eingeschätzt, perspektivisch einer adäquaten Verknüpfung von On- und Offline-Beteiligungsangeboten bedarf. Zudem muss sich erst noch erweisen, wie es den Kommunen gelingen kann, den Sprung in die digitale Welt zu meistern. Unseres Erachtens kann eine ausschließlich digitale Beteiligung nur in der akuten



Fotos: Difu

•
Dr. Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de

Dr. Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Phase der Kontaktsperre eine Lösung sein. Denn wie die Erfahrungen mit Homeschooling bereits eindrucksvoll zeigen, ist ein rein digitaler Zugang solange keine Lösung, wie Menschen ohne Internetzugang und ergänzende Unterstützung ausgeschlossen sind.

An laufenden Planungsvorhaben online zu beteiligen, ist jedoch nur eine der Perspektiven kommunaler Beteiligungskulturen. Die Debatte um Bürger*innenbeteiligung, um die Zukunft der Demokratie ist schon weiter. Schon länger ist klar, dass der Vielfalt von Lebenslagen und Überzeugungen in den politischen Prozessen eine Stimme gegeben werden muss, um neue Herausforderungen zu meistern und passende Konzepte zu entwickeln. Wann, wenn nicht jetzt, wann, wenn nicht in der Krise, gilt es, das umzusetzen, was bisherige Erfahrungen mit Bürger*innenbeteiligung zeigen?! Dass nämlich Politiker*innen beim Finden guter Lösungen auf das Wissen der Bürger*innen angewiesen sind. Folgt man dieser „Einsicht“, sollten sich Kommunen (weiterhin) als Laboratorien demokratiefördernder Bürger*innenbeteiligung verstehen und neue Formate anbieten, in denen gemeinsam kulturelle, soziale und institutionelle Erneuerungen für die Wege aus und nach der Krise entwickelt werden können. Hier ist an die Erfahrungen mit neuen Formen lokaler Kooperationen mit der Zivilgesellschaft und der Beteiligung der Bürger*innen anzuknüpfen. Im Rahmen kommunaler Beteiligungskultur, die mehr umfasst als das Angebot an die Bürger*innen, ihre Stimme abzugeben, sich also nicht in „frontalen“ Informations- und Frageveranstaltungen und passiver Teilnahme erschöpft, geht es um die gemeinsame Gestaltung und die gemeinsame Aushandlung von Themen rund um die zukunftsfähige und damit auch widerstandsfähige Stadt.

Die jetzige Krise scheint also mehr als ein triftiger Grund für eine stärkere Einbindung von Bürger*innen zu sein. War zu Beginn die Akzeptanz der gewählten Maßnahmen groß, so äußert eine wachsende Zahl an Menschen in Anbetracht der Dauer der mit der Pandemie verbundenen Einschränkungen ihre Unzufriedenheit und ihren Protest. Nur vermuten lässt sich derzeit, dass ein Teil des wachsenden Unverständnisses auch auf eine unzureichende „kommunikative Mitnahme“ und fehlende konkrete Beteiligung der Betroffenen zurückgeführt werden kann.

Dass vor Ort ad hoc Lösungen gefunden werden können, zeigen Beispiele von Nachbarschaftsnetzwerken eindrucklich. Mit Blick auf die Entwicklung von langfristig tragfähigen Wegen aus und nach der Krise sollten die Verantwortlichen in Politik und Kommunen die Menschen nicht nur informieren, sondern aktiv einbinden und in die politischen



Diskussionen einbeziehen. Ihr vielfältiges Wissen, ihre unterschiedlichen Erfahrungen und Interessen gilt es zusammenzutragen und zu bündeln. Dass dies gelingen kann, zeigen die guten Erfahrungen mit der Öffentlichkeitsbeteiligung an komplexen Großprojekten, beispielsweise im Stromnetzausbau. Warum nicht auch bei dieser neuen Zukunftsaufgabe Bürger*innenräte gründen, die – mit gelosten Personen besetzt – gemeinsam über Schlussfolgerungen für das Leben nach Corona diskutieren und Vorschläge für die Politik erarbeiten? Vorbilder gibt es bereits. So haben die Mitglieder des französischen Klima-Bürgerrates „Convention Citoyenne pour le Climat“ am 9. April 2020 50 Vorschläge zur sozialen und ökologischen Überwindung der Corona-Krise an Präsident Emmanuel Macron sowie an Regierung und Parlament geschickt. Ähnlich könnten Bürger*innenräte auch in deutschen Kommunen wirken.

Bürger*innenbeteiligung stärkt das System. Obgleich diese kein Universalheilmittel ist und politische Entscheidungsträger*innen zentrale Akteure bleiben, aus den Erfahrungen mit kommunalen Beteiligungskulturen können wir alle lernen und einen offenen Raum für Kommunikation und Diskussion schaffen. Beteiligung ist keine Schönwetter-Maßnahme. Gerade in Krisenzeiten geht es darum, die Lernfähigkeit der Systeme nachhaltig zu stärken und Partizipation zu ermöglichen. Die Rolle der Kommunen gestaltet sich dabei nicht einfach. Einerseits sollen sie Sicherheit geben und den Rahmen fixieren. Andererseits für die Anpassungsprozesse Flexibilität und Offenheit herstellen und Möglichkeitsräume eröffnen. Ob dies eine paradoxe Anforderung ist oder eine notwendige Voraussetzung für Resilienz, muss sich zeigen. Wir gehen davon aus, dass Beteiligungsprozesse, die Experimente, Offenheit und Spontaneität zulassen, im Prozess des Umgangs mit der Krise zwar schwierig sind, weil sie nur bedingt plan- und steuerbar sind und phasenweise durchaus chaotisch verlaufen. Wir erachten sie gleichwohl als unerlässlich und sehen darin „die“ Chance für den Umgang mit der Krise.

zum Weiterlesen

Allianz Vielfältige Demokratie (2017): Bürgerbeteiligung mit Zufallsauswahl. Das Zufallsprinzip als Garant einer vielfältigen demokratischen Beteiligung: ein Leitfadensloh für die Praxis, Gütersloh.

Bock, Stephanie; Abt, Jan; Reimann, Bettina (2019): Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau. Evaluation des „Planungsdialogs Borgholzhausen“, Difu-Impulse, 1, 2019, Berlin

Bock, Stephanie; Reimann, Bettina (2017b): Mehr Beteiligung wagen - Evaluation des Modellprojekts Strukturierte Bürgerbeteiligung: Abschlussbericht. Potsdamer Schriftenreihe Bürgerbeteiligung – ein Streitfeld zwischen Regierungskunst und Basisaktivierung #4, Potsdam

Nanz, Patricia, Leggewie, Claus (2016). Die Konsultative: Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung. Berlin: Wagenbach.

➔ www.buergerrat.de

Reboot the City: Corona-Krise als Chance nutzen

Durch die Pandemie könnten im öffentlichen Gesamthaushalt Mindereinnahmen von 98,6 Milliarden Euro entstehen. Die Kommunen müssten demnach mit einem Minus von 15,6 Milliarden Euro rechnen.

Der aufgrund der Corona-Pandemie zu erwartende Rückgang öffentlicher Einnahmen ist gewaltig – und einzigartig in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik: Wenn sich jüngste Steuerschätzungen bewahrheiten, so wird der öffentliche Gesamthaushalt durch die Pandemie Mindereinnahmen von 98,6 Mrd. Euro verkraften müssen. Das bedeutet für die Kommunen ein Minus von 15,6 Mrd. Euro.

Die Einnahmen spiegeln aber nur eine Seite. Auch auf der Aufgabenseite zeichnen sich krisenbedingte Negativentwicklungen ab. So befürchtet rund ein Drittel der Kommunen, die an einer Umfrage des Difu im Auftrag der KfW-Bankengruppe im April 2020 teilgenommen haben, dass die wichtigen Investitionsausgaben bereits in diesem Jahr sowie in den Folgejahren sinken werden. Ursache sind steigende Sozial-, Sach- und Personalausgaben. Insofern wird gegenwärtig das typische Krisenmuster der kommunalen Haushaltswirtschaft erkennbar: Disponible und freiwillige Ausgaben müssen zugunsten von zu finanzierenden Pflichtaufgaben zurückgestellt, aufgeschoben oder ganz gestrichen werden. Nicht umsonst geben 63 Prozent der befragten Kommunen an, dass sie bereits Sparmaßnahmen auf den Weg gebracht haben, um absehbare Einnahmeneinbrüche und Ausgabenmehrbedarf zumindest partiell aufzufangen. Ergänzend dazu will ein Drittel der Kommunen wieder verstärkt auf das Instrument der Kassenkredite zurückgreifen. Und natürlich werden auch die Schuldenstände wieder steigen. Viele Konsolidierungserfolge der vergangenen Jahre werden damit wieder zunichte gemacht. Dies ist besonders schmerzhaft für die Kommunen, die schon seit Jahren in einer Art Dauersparmodus mit Haushaltssicherungskonzepten und Nothaushalten arbeiten müssen. Gleichzeitig werden sich die finanziellen Ungleichheiten, die sich bereits seit langem im interkommunalen Vergleich beobachten lassen, erneut verschärfen. Denn die Kommunen, die durch strukturelle Defizite geplagt sind, dürften kaum stärker aus dieser Krise hervorgehen als Kommunen, die nun einen Teil der Krisenbewältigungsmaßnahmen aus Rücklagen werden stemmen können.

Begrenzung des Volumens unserer Maßnahmen“ (Olaf Scholz) – ambivalent zu bewerten.

Keine Frage: Mit schnellen Soforthilfen gilt es jetzt Schlimmeres zu vermeiden. Mit einem eigenen Programm für die Kommunen, das vom Bundesfinanzministerium gerade vorgelegt wurde, soll auch die Daseinsvorsorge in den Städten und Gemeinden gezielt gesichert werden. Dies soll erreicht werden, indem die Einbrüche bei der Gewerbesteuer kompensiert und gleichzeitig die Unterkunftskosten im Rahmen des SGB II künftig zu 75 Prozent vom Bund getragen werden. Aber reine Quantitäten sind in einem derart heterogenen Umfeld wie der kommunalen Ebene nicht hinreichend – zumal die Kommunalverwaltungen schon vor dieser Krise vielerorts am Rande der eigenen Kapazitätsbelastung agieren mussten. Gerade mit Blick auf die Investitionstätigkeit der Städte und Gemeinden hat dies oft Negativeffekte. Denn über die letzten Jahre hat sich in fast allen relevanten Aufgabenbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge ein beträchtlicher Investitionsrückstand aufgebaut, der sich bis 2019 auf rund 147 Mrd. Euro aufsummiert hat – und dies, obwohl Bund und Länder ihre Förderprogramme ebenfalls deutlich aufgestockt haben. Die Lücke zwischen steigenden Investitionen – für 2020 waren 37,6 Mrd. Euro geplant – und steigenden Investitionsrückständen verweist auf strukturelle Problemlagen, die gerade in Krisensituationen ein zusätzliches Hindernis zu ihrer Bewältigung darstellen. Zwar erwarten rund 56 Prozent der Kommunen, dass Bund und Länder ihre finanzielle Unterstützung für Investitionen ausbauen werden. Wenn aber bereits in der Vergangenheit fehlendes Personal in den Bauverwaltungen und der Bauwirtschaft faktisch dazu führte, dass die Kommunen Investitionsvorhaben gar nicht oder nur mit erheblichen Verzögerungen realisieren konnten, so stellt sich die Frage, was sich daran in der gegenwärtigen Situation ändern sollte. Dies gilt umso mehr, da eine Mehrheit der Kommunen gleichzeitig bezweifelt, dass bürokratische Hürden (z. B. Vergaberichtlinien) abgebaut und haushalts- und aufsichtsrechtliche Bestimmungen gelockert werden.

Zehn Jahre nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 schärft die Corona-Pandemie und die damit verknüpften Folgen



Fotos: Difu

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Elisabeth Krone, M.Sc.
+49 30 39001- 223
krone@difu.de

Auch vor diesem Hintergrund ist das vom Bund angekündigte Instrument der Bazooka „keine



nochmals den Blick für eine Reihe grundsätzlicher Fragen – auch und gerade mit Blick auf die öffentlichen Haushalte. Denn neben kurzfristig zu ergreifenden Maßnahmen zur Stabilisierung der öffentlichen Budgets steht auch die große Frage im Raum, wie oft und in welchen Zeitabständen öffentliche Haushalte Krisen dieses Ausmaßes verkraften können. Dass dies nicht nur eine globale Metafrage ist, die rein systemtheoretischer und systemkritischer Natur ist, wird deutlich, wenn man diese Problematik auf die Praxisebene bezieht und fragt, wie die Summe aller Orte, in denen die Menschen leben, arbeiten und soziales Leben genießen, finanziell ausgestattet sein müssen, damit sie künftig weniger krisenanfällig sind. Mit öffentlichen Haushalten wird öffentliche Daseinsvorsorge finanziert. Ändern sich die Anforderungen an Daseinsvorsorge, müssen auch öffentliche Haushalte entsprechenden Anpassungen unterzogen werden. In einem Bundesstaat kann sich dies nicht allein darin erschöpfen, dass Kommunalhaushalte noch stärker durch Bundesprogramme bezuschusst werden. Das mag zur kurzfristigen Überbrückung unvermeidlich sein. In einer Post-Pandemie-Phase sollten aber grundsätzlichere Fragen gestellt werden: von einer Neuaufteilung des gesamtstaatlichen Steuerkuchens über begründete Steuererhöhungen bis hin zum Überdenken bestehender Kreditaufnahmebeschränkungen – gerade auf kommunaler Ebene –, um den kommunalen Transformationsbedarf investiv in Angriff nehmen zu können.

Vor zehn Jahren begann in vielen Bundesländern die Umstellung der kommunalen Haushaltswirt-

schaft auf die Doppik. Diese ist als Ressourcenverbrauchskonzept zu verstehen, bei der vergleichsweise einseitig die Outputs öffentlicher Haushalte im Sinne einer fiskalischen Nachhaltigkeit – also geringer Schuldenstand, geringe Zins-Steuer-Quote, Vermögenserhalt etc. – fokussiert werden.

Die Corona-Krise zeigt uns daher, dass wir öffentlichen Ressourcenverbrauch unter einem viel ganzheitlicheren Nachhaltigkeitsverständnis fassen müssen und auch die kommunalen Haushalte im Sinne von Nachhaltigkeitshaushalten ausrichten müssen. Denn erst die lokal wirkende Pandemie verdeutlichte, dass das Personal in Kinderbetreuungseinrichtungen, Pflegeheimen, Schulen und Verwaltungen systemrelevant ist, dass es ausreichender Krankenhauskapazitäten und mehr öffentlicher Räume für Menschen bedarf, dass öffentlicher Nahverkehr eine andere Taktung benötigt, um Menschenmassen zu vermeiden, und dass eine umfassende Digitalisierung Teilhabe ermöglicht. Würden „konsumtive“ und „investive“ Ausgaben der öffentlichen Hand weiter gegeneinander ausgespielt, so werden sich die anstehenden dringend notwendigen urbanen Transformationsprozesse nicht finanzieren lassen. Diese Erkenntnisse zeigen, dass es gilt, langfristige Schlussfolgerungen auch für die öffentliche Haushaltswirtschaft zu ziehen – und zwar für die Einnahmen- und genauso für die Ausgabenseite.

zum Weiterlesen

Difu-Blitzbefragung im Auftrag der KfW
 → www.difu.de/15407

KfW-Kommunalpanel 2020
 → www.difu.de/15463

Agora Verkehrswende:
 100-Milliarden-Wachstums-
 und Investitionsprogramm
 → www.bit.ly/3coWfNH

Forum Ökologisch-Soziale
 Marktwirtschaft
 Notwendige Wirtschaftshilfen
 in der Corona-Krise
 → www.bit.ly/3eK2vBh

Urbane versus rurale Qualitäten: Stadt-Land-Verhältnis nach dem Lockdown

Reurbanisierung lässt die Bevölkerungszahl vieler Großstädte in Deutschland wachsen. Der Corona-Lockdown wirkt jedoch auch auf zentrale Aspekte der Wohnstandortwahl. Verändert sich dadurch das Verhältnis zwischen Stadt und Land?

Der Ausbruch der Corona-Pandemie und der damit begründete Lockdown hat auch in Deutschland zu Einschränkungen des gesellschaftlichen, sozialen, politischen und ökonomischen Lebens in bisher nicht gekanntem Ausmaß geführt.

Obwohl zum Infektionsgeschehen viele Zahlen im Umlauf sind, lässt sich das Ausmaß der Krise derzeit statistisch noch nicht verlässlich fassen. Es besteht nach wie vor große Unklarheit darüber, wie sich die Infektionszahlen weiter entwickeln, welche Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wann zurückgenommen werden können ohne einen Rückfall zu riskieren und welche Auswirkungen sich daraus langfristig für unser Leben ergeben.

Aber auch ohne statistische Grundlage ist zu beobachten, dass sich Menschen in ihrem sozialen Verhalten – insbesondere in ihren privaten und beruflichen Aktivitäten – schnell auf die veränderte Situation einstellen. Dies betrifft auch die Wahrnehmung öffentlicher oder privater Dienstleistungen und Angebote, die bisher maßgeblich mit dafür entscheidend waren, wo Menschen ihren Lebensmittelpunkt verorten.

Im weltweiten Vergleich ist der Anteil der Stadtbevölkerung in Deutschland überdurchschnittlich hoch. Aufgrund demografischer Veränderungen, steigender Energiepreise, der Abschaffung der Eigenheimzulage und anderer steuerlicher Eingriffe ist der Urbanisierungsgrad in den letzten Jahren im Zuge der Reurbanisierung weiter gestiegen und lag im Jahr 2017 bei mehr als 77 Prozent.

Städte beziehungsweise urbane Räume wurden bisher unter anderem aufgrund ihres Angebots an kulturellen Einrichtungen und anderen Optionen der Freizeitgestaltung, des einfachen Zugangs zur Gesundheitsversorgung und der großen Auswahl schulischer und außerschulischer Bildungseinrichtungen als besonders attraktive Wohnstandorte wahrgenommen. Für einen Metropolitan Lifestyle sind nach einer vom Zukunftsinstitut im Jahr 2019 durchgeführten Bevölkerungsumfrage für drei von vier Stadtbewohner*innen außerdem gute Möglichkeiten zum Einkaufen besonders wichtig.

Die in den letzten zwei Jahrzehnten zu beobachtenden Wanderungsbewegungen vom Land in die Stadt haben jedoch auch zu deutlichen Nachteilen in besonders gefragten Metropolen geführt: Hohe Mieten und Wohnkosten, Verdrängung der Subkultur aufgrund steigender Gewerbemieten, zunehmende Verkehrs- und Umweltbelastungen sowie nur geringe individuelle Gestaltungsspielräume für das eigene Lebensumfeld aufgrund einer vergleichsweise niedrigen Wohneigentumsquote sind der Preis für den urbanen Lifestyle. Hinzu kommt, dass Menschen aufgrund der höheren Kontaktdichte in Städten schon immer besonderen Gesundheits- und Hygienerisiken ausgesetzt waren. Vor der Corona-Krise waren sich allerdings viele dieser Risiken gar nicht bewusst.

Ländliche Räume waren dagegen bis vor kurzem eher Projektionsfläche für Dystopien der Schrumpfung und des Verfalls. Blühende Landschaften schienen begrenzt auf mit Fördermillionen gedopte Strukturwandelmaßnahmen. Lange Entfernungen bis zur nächsten Arztpraxis, leerstehende Gehöfte, Stillstand und die unterstellte Lethargie einer alternden Bevölkerung waren die prägenden Zutaten der ruralen Erzählung. Dabei liegen die Vorteile des ländlichen Raums eigentlich auf der Hand: viel Platz und günstiger Wohnraum, Entfaltungsmöglichkeiten für Individualisten, Natur oder zumindest unversiegelte Kulturlandschaften.

Hat ein Virus die Kraft, die Karten in diesem Spiel neu zu mischen? Anders als das Zukunftsinstitut in seinem White Paper zum Corona-Effekt annimmt, müssen die Auswirkungen der Pandemie langfristig nicht zwangsläufig zu einem Generalumbau globalen Ausmaßes führen. Doch wie sieht es mit Veränderungen innerhalb Deutschlands aus?

Ins Homeoffice gezwungen entwickeln die Menschen neue Wege der Koordination gemeinsamer Arbeit. In Quarantäne suchen sie nach Wegen für sozialen Austausch ohne physische Begegnung. Kulturschaffende transformieren ihre Kunst und verzichten dabei auf einen zentralen Teil ihrer Währung – den Applaus. Digitale Bildungsangebote ersetzen zumindest zeitweise den Schulunterricht. Medizinische Beratung erfolgt per Videotelefonie.



Foto: Difu



Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de



Dieser Innovationsschub macht das Leben in der Stadt auch in der Zeit nach dem Lockdown noch flexibler. Aus 24/7 und always-on wird Multitasking, Kultur, Bildung und Gesundheitsdienste sind losgelöst von Raum und Zeit abrufbar. Selbst Museen lassen sich digital besuchen, sogar in der Mittagspause. Aber wird Stadt dadurch noch attraktiver als bisher? Die Nachteile bleiben zunächst weitgehend erhalten, z.B. hinsichtlich hoher Kosten für Wohn- und Gewerbeflächen und Umweltbelastung durch urbanes Konsumverhalten. Gleichzeitig dürften die Risiken des Stadtlebens bewusster werden. Schon in einer Forsa-Umfrage aus dem Jahr 2018 klagten insbesondere Stadtbewohner*innen darüber, dass vor Ort nicht genug für die Sicherheit getan würde. Möglicherweise sinkt das individuelle Sicherheitsempfinden bei einer einsamen Jogging-Runde im Park noch weiter.

Auf dem Land bleiben die spezifischen Vorteile bestehen. Der Corona-Innovationseffekt wirkt jedoch auch hier und gleicht bisherige Nachteile aus. Durch neue digitale Angebote sind Kultur- und Bildungsangebote und das Leben im Grünen plötzlich kein Gegensatz mehr. Soziale und insbesondere auch ökonomische Teilhabe scheitern nicht mehr an langen Entfernungen und erfordern keine klimaschädliche Individualmobilität. Wenn die Zukunftsforschung Recht hat und immer mehr Menschen zugleich urbane und rurale Lebensqualitäten erleben wollen, besteht möglicherweise darin eine Chance.

Natürlich haben sich im Lockdown nicht alle Lebensgewohnheiten und -anforderungen verändert. Nach wie vor gibt es Bereiche, in denen die innovativen Lösungen zwar temporär hilfreich, aber nicht als dauerhafter Ersatz geeignet sind.

Es wird auch weiterhin Aspekte geben, die vor allem das Leben in der Stadt zu bieten hat. Und die positive Entwicklung auf dem Land hängt von zentralen Voraussetzungen ab: schnellem Internet – egal ob mobil, per Glasfaser oder durch Breitbandanschluss – und guten Anbindungen an das öffentliche Verkehrsnetz. Der Blick in Nahverkehrspläne und den digitalen Breitbandatlas des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zeigt, dass da noch einiges zu tun ist.

Trotz dieser Einschränkung erscheint es für die Zeit nach der Pandemie sinnvoll, den bisherigen Blick auf Stadt und Land zu hinterfragen. Es wird viele ländliche Gemeinden geben, die sich als Alternative zur dicht bevölkerten Stadt etablieren und dabei mit neuen Antworten auf die Fragen des täglichen Lebens punkten. Für einige Großstädte könnte sich dadurch der Wachstumsdruck verringern, der aktuell zunehmend zu gesellschaftlichen Verwerfungen führt. Viele Fragen müssen neu beantwortet werden: Für welche öffentlichen Angebote tragen die Kommunen die Verantwortung? Wie steht es um erforderliche Infrastrukturmaßnahmen? Wie ist mit den finanziellen Auswirkungen für einzelne kommunale Haushalte umzugehen? Eine Fortschreibung von Erfahrungen der Vergangenheit dürfte dabei zunehmend an Grenzen stoßen. Wahrscheinlich markiert die Corona-Krise den Ausgangspunkt einer umfassenderen Transformation, der die Urbanistik nur mit neuen, ebenso innovativen Forschungskonzepten gerecht werden kann. Doch auch dazu könnte der Corona-Innovationseffekt einen Beitrag leisten: durch neue Impulse bei der Erhebung und Verarbeitung von Daten und weil die digital unterstützte Kollaboration im Kampf gegen das Virus langfristig zu mehr Kooperation in der Zeit nach der Krise führt.

zum Weiterlesen

Landry, Charles (2018): Menschen wollen beides: urbane und rurale Lebensqualität, Auszug aus der Trendstudie FUTOPOLIS des Zukunftsinstituts:
www.bit.ly/36WYueQ

Zukunftsinstitut (2020): Der Corona-Effekt – Vier Zukunftsszenarien, White Paper:
www.bit.ly/3gOn9ll

Rauch, Christian; Papasabbas, Lena (2019): Metropolitan Lifestyle – Eine Trendstudie des Zukunftsinstituts im Auftrag von Siemens Hausgeräte:
www.bit.ly/2zXZVsz

Forsa (2018): Sicherheit in der Stadt – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung:
www.bit.ly/2zWBtlb

BMVI (2020): Der Breitbandatlas
www.bit.ly/2Mrq99G

Zur Zukunft der Wirtschaft in neuen Krisenzeiten

Die ökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise fallen je nach Region, Kommune und Branche ganz unterschiedlich aus. Über Herausforderungen, Chancen und Ansätze zur Neuorientierung im Spiegel der Pandemie

Superlative prägen in diesen Krisenzeiten die Schlagzeilen. Unbestritten stellt die Corona-Pandemie Wirtschaft und Gesellschaft vor noch nicht abschätzbare Herausforderungen: Städte und Gemeinden müssen nicht nur ihre eigene Gesundheit und Arbeitsfähigkeit sicherstellen, sondern sehen sich auch mit akuten Fragen zur Zukunft der lokalen Wirtschaft konfrontiert. Die ökonomischen Konsequenzen der Krise sind für Branchen und Kommunen unterschiedlich stark, die mittel- und langfristigen Folgen kaum zu beziffern. Die Einschätzungen der Ökonom*innen verschiedener deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute dazu gehen weit auseinander: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt den gesamtjährlichen BIP-Rückgang um voraussichtlich 9,4 Prozent. Das Ifo-Institut rechnet im laufenden Jahr mit einer sinkenden Wirtschaftsleistung um 6,6 Prozent, rechnet von diesem niedrigen Niveau aus mit einem Wachstum von 10,2 Prozent im kommenden Jahr. Das Bundeswirtschaftsministerium erwartet die schwerste Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik und beziffert den Rückgang der Wirtschaftsleistung im ersten Quartal mit -2,2 Prozent. Einigkeit besteht darin, dass alle Bereiche der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens mit Auswirkungen konfrontiert sind.

Je nach Branche und Region ist die Betroffenheit unterschiedlich stark ausgeprägt. Laut einer aktuellen Kurzstudie der Prognos AG zählen „Gesundheits- und Sozialwesen“, „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ sowie „Erziehungs- und Unterrichtsdienstleistungen“ zu den ökonomisch stabilen Bereichen. Einen guten Stand weisen derzeit auch das Baugewerbe und die Informations- und Kommunikationsbranche auf. Auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) prognostiziert trotz der Krise in einer Vorausschau für das Jahr 2020 eine positive Beschäftigtenentwicklung in den genannten Branchen. Deutschlandweit erwirtschaften diese Wirtschaftszweige 21 Prozent der Bruttowertschöpfung und 30 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind hier tätig. Als besonders kritisch hingegen wird laut der Prognos-Untersuchung die Lage des verarbeitenden Gewerbes mit starker Einbindung in globale Wertschöpfungs- und Lieferketten eingeschätzt. Das betrifft vor allem die Chemie- und Kunststoff-, die

Metall- und Elektroindustrie sowie den Maschinen- und Fahrzeugbau. Das IAB rechnet für den produzierenden Bereich (ohne Baugewerbe) mit einem Beschäftigtenrückgang von -0,88 Prozent (im Vergleich zum Vorjahr). Im Dienstleistungssektor sind vor allem die Kultur- und Kreativwirtschaft sowie Tourismus und Gastgewerbe besonders stark betroffen. Für Letztere geht die IAB-Studie unter der Annahme von Lockerungsmaßnahmen und einer Erholung ab dem vierten Quartal 2020 von einem Minus von 0,2 Prozent der Beschäftigten aus. Deutschlandweit sind in den Branchen mit hoher Betroffenheit 7,5 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig. Hinzu kommen vor allem in der Kultur- und Kreativwirtschaft eine Vielzahl an Solo-Selbstständigen, Freiberufler*innen sowie geringfügig Erwerbstätigen und Mini-Selbstständigen.

Diese Heterogenität spiegelt sich auch in der regionalen Betroffenheit wider. So sind die Auswirkungen in den Bundesländern und Kommunen mit einem hohen Anteil des verarbeitenden Gewerbes besonders gravierend, wie beispielsweise in Bayern, Baden-Württemberg, sowie auf kommunaler Ebene an Standorten der Groß- und Autoindustrie. In Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein zeigt sich hingegen eine hohe Betroffenheit in den Bereichen Tourismus und Gastgewerbe, während Stadtstaaten wie Hamburg und Berlin mit starken Auswirkungen auf die Kultur- und Kreativwirtschaft umgehen müssen.

Die Corona-Krise zeigt – wie in einer verdichteten Momentaufnahme und weitaus stärker als die Auswirkungen des Klimawandels – die Zerbrechlichkeit unseres (globalen) Wirtschaftssystems und deckt Schwachstellen in politischen und gesellschaftlichen Strukturen auf. Die Maßnahmen der letzten Wochen konnten zwar die größten Schocks abfedern und durch die Zentralbanken wurde auch das globale Finanzsystem gestützt und damit zunächst ein Kollaps der Weltwirtschaft verhindert. Aber es ist ein gewinnorientiertes und fragiles System, das z.B. systemrelevante Bereiche wie das Gesundheitssystem lange Zeit zu stark vernachlässigt hat.

Was bedeutet diese umfassende Krise nun für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung von



Foto: Difu



Dipl.-Ing.
Sandra Wagner-Endres
+49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de

Städten und Gemeinden in Deutschland? Aufgrund der Schnittstellen zwischen den Branchen und den Abhängigkeiten zwischen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Systemen werden die Auswirkungen der Corona-Krise – trotz unterschiedlicher Ausprägungen – für die einzelnen Städte und Gemeinden kennzeichnend und zukunftsprägend sein. Die Strategien zur Wiederbelebung müssen deshalb einerseits regionalspezifisch ausgerichtet und mit lokalen Wirtschaftsakteuren abgestimmt sein. Andererseits bieten sie eine Chance zur (Neu-)Orientierung der regionalen Wertschöpfungsstrukturen. Für ein „Reboot“ müssen wir die systemischen Zusammenhänge verstehen, um Klarheit darüber zu gewinnen, welche Bereiche verändert werden sollen.



Foto: Wagner-Endres, Difu

zum Weiterlesen

Ehrentraut, Oliver; Koch, Tobias; Wankmüller, Bernhard (2020): Auswirkungen des Lockdown auf die regionale Wirtschaft. Prognos Kurzexpertise.

➔ www.bit.ly/2MrToZQ

Göpel, Maja (2020): Unsere Welt neu denken. Eine Einladung. Berlin. Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes (2020): Betroffenheit der Kultur- und Kreativwirtschaft von der Corona-Pandemie. Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

Mazzucato, Mariana (2014): „Das Kapital des Staates: Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum“. München.

Michelsen, Claus et al. (2020): Globale Wirtschaftskrise trifft Deutschland hart – Verunsicherung lastet schwer. DIW Wochenbericht Nr 24/2020.

➔ www.bit.ly/2AFy1Ch

Unser aktuelles Wirtschaftssystem ist auf Rendite und ökonomisches Wachstum im Sinne einer Homogenisierung durch Rationalisierung ausgerichtet, eine Homogenität, die es fragil und fehleranfällig macht. Resilienz aber und die Fähigkeit mit Schocks umgehen zu können, entsteht durch Vielfalt und systemische Effizienz, die ökonomische, ökologische und soziale Systeme einschließt. Die prägenden aktuellen Geschäftsmodelle und Innovationen werden beeinflusst von Renditeerwartungen und diese entscheiden, wie Maja Göpel schreibt, „welche Produktionsprozesse, Vergütungsregeln und Technologien sich in der Realwirtschaft durchsetzen“. Ökonom*innen fordern deshalb die jetzt bevorstehende Situation des „Hochfahrens der Wirtschaft“ gezielt zu nutzen, um Investitionen in saubere Energie, klimafreundlichen Verkehr, Gesundheit, Naturschutz, moderne Städte und Bildung zu forcieren. Die dafür erforderlichen politischen Weichenstellungen sind nicht nur zentral für die Frage, wie wir morgen leben wollen. Auch Unternehmen fordern schon seit langem Planungs- und Investitionssicherheit für ihre klimafreundlichen Geschäftsmodelle. Die Strategien zur Sicherung und Wiederbelebung der Wirtschaft in den Kommunen müssen deshalb

technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt miteinander verbinden. Ist Wachstum der absolute Zweck für den Wohlstand von morgen? Oder werden nachfolgende Generationen nicht besser und gesünder leben können, wenn unser Konsum, unsere Produktion und unsere Investitionen dem Ziel der Nachhaltigkeit verpflichtet sind? Für die Wirtschaft von morgen benötigen wir eine lebenserhaltende Innovationsagenda, die es – so zeigt die aktuelle Krise – nicht alleine durch den Markt, sondern nur durch ein entsprechendes Richtmaß der öffentlichen Hand, das systemisch und effizient ausgerichtet ist, geben kann. In der Vergangenheit wurden die meisten radikalen Erneuerungen durch mutige und intensive Investitionen der öffentlichen Hand ermöglicht. Diese Chance gilt es zu nutzen, zum Beispiel als Anschlag zur Weiterentwicklung digitaler Strukturen. Krisenzeiten bieten die Möglichkeit, gewohnte Strukturen und Prozesse, in denen wir denken und handeln, zu hinterfragen. Wie kann Wertschöpfung auch im Sinne einer ökologischen und sozialen Wertschöpfung vor Ort gestaltet und gestärkt werden?

Für die Sicherung und Weiterentwicklung von zukunftsorientierten Standorten geht es nun vermehrt um die Frage, wie lokale und regionale Wertschöpfungsketten und Kreisläufe gestärkt werden können und wie eine (Neu-)Ordnung der Wertschöpfungsstrukturen von den kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderungen befördert werden kann, die krisenfester und nachhaltiger ist. Im Blickfeld steht nicht nur der in Deutschland ausgeprägte Mittelstand, sondern auch zahlreiche Kleinstbetriebe und Start-ups, die als Kreative und mit innovativen Geschäftsideen Lösungen für verschiedene technologische oder sozial-ökologische Herausforderungen entwickeln. Die Attraktivität von Städten und Gemeinden wird sich nach der Krise auch daran messen lassen müssen, inwieweit es gelingt die Kultur- und Kreativwirtschaft, aber auch das Freizeit- und Gastronomiegewerbe wiederzubeleben. Für die Attraktivität von Wirtschaftsstandorten werden diese Branchen auch nach der Krise einen wichtigen Beitrag zur Stabilität und für die Vielfalt des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Städten und Gemeinden leisten.



Tipps zum Weiterlesen rund um das Thema Corona und Kommunen

Das Difu bietet auf seiner Website ein neues Fokus-Thema an: Corona. Hier sind diverse Beiträge rund um die Thematik „Kommunen und Corona“ zu finden. Die Artikel stammen von Difu-Autor*innen und manchmal auch von Externen. Auch ausgewählte Artikel aus der Difu-Literaturdatenbank ORLIS sind hier zu finden. Die Sammlung wird laufend ergänzt unter www.difu.de/fokusthemen/corona. Anbei ein erster Einblick:

Difu-Magazin Berichte

Nach der Krise ist vor der Krise: Raum für Reflexion schaffen!

Aktuell geht es in den Kommunen um Krisenmanagement und die Rückkehr zur „neuen Normalität“ städtischen Lebens. Diese Krise wird nicht die letzte sein. Wir brauchen Reflexionsräume, um daraus auch für weitere Krisenereignisse zu lernen. Online-Artikel aus Berichte-Sonderheft, Juni 2020.

➔ www.difu.de/15516

Beteiligungskultur in der Krise?

Schon in „normalen Zeiten“ ist Beteiligung keine einfache Aufgabe. Doch wie kann in einer Zeit, in der sich alles neu darstellt, Routinen nicht greifen und möglicherweise Ressourcen fehlen, die gute Praxis der Beteiligung aufrechterhalten werden? Online-Artikel aus Berichte-Sonderheft, Juni 2020.

➔ www.difu.de/15501

Klimaschutz und Klimaanpassung: Lernen wir aus der Corona-Krise?

Politik, Bevölkerung und Wirtschaft zeigen während der Corona-Pandemie ihre Fähigkeiten zur Krisenbewältigung, Solidarität und Veränderung. Darin besteht eine Chance für unseren Umgang mit dem Klimawandel. Online-Artikel aus Berichte-Sonderheft, Juni 2020.

➔ www.difu.de/15481

Radverkehr im Ausnahmezustand. Mit Rückenwind aus der Krise?

Die Corona-Krise führt zu veränderten Mobilitätsroutinen und einem nie dagewesenen Bewusstsein, dass Zufußgehende und Radfahrende mehr Platz brauchen. Kommunen haben nun die Möglichkeit, die neue Normalität zu

gestalten. Online-Artikel aus Berichte-Sonderheft, Juni 2020.

➔ www.difu.de/15458

Corona-Krise und Nachhaltigkeit – Mut zur Zukunft

Corona-Pandemie und Klimanotstand bedeuten auch: Suche nach Lösungen, Wille zum Verändern und Gestalten nachhaltiger Lebenswelten. Politik und Gesellschaft, Kommunen und Wissenschaftseinrichtungen wie das Difu stehen in der Verantwortung. Standpunkt von Busso Grabow, Difu-Berichte 2/2020.

➔ www.difu.de/15232

Medienbeiträge

Konjunkturpaket: Lösung für hoch verschuldete Kommunen steht aus

Für die Belebung der Wirtschaft sind Investitionen der öffentlichen Hand ein zentrales Instrument. Mit seinem Konjunkturprogramm und der Entlastung der kommunalen Haushalte setzt der Bund ein wichtiges Signal, damit Kommunen in und nach der Corona-Krise finanziell handlungsfähig sind. Gastbeitrag von Carsten Kühl Portal „Treffpunkt Kommune“, der gemeinderat“.

➔ www.bit.ly/2UYHmfj

KfW-Kommunalpanel: Krise für Zukunftsinvestitionen in Kommunen nutzen!

Der Investitionsrückstand steigt in Kommunen laut KfW-Kommunalpanel 2020 auf 147 Mrd. Euro. Gleichzeitig ist ein krisenbedingter Digitalisierungsschub zu erwarten. Difu-Pressemitteilung, 4. Juni 2020.

➔ www.difu.de/15463

Kommunen erwarten Einnahmerückgang durch Corona-Pandemie

Difu-Blitzbefragung im Auftrag der KfW-Bankengruppe bei 200 Kommunen durchgeführt. Difu-Pressemitteilung, 13. Mai 2020.

➔ www.difu.de/15407

Corona-Schutzschild für Kommunen

Die Einnahmen von Städten und Gemeinden könnten durch die Coronakrise um 20 Milliarden Euro sinken. Deshalb ist auch ein Schutzschild nötig. Gastbeitrag von Carsten Kühl in der Frankfurter Rundschau, 3.4.2020.

➔ www.bit.ly/2YJEt2Y

Fahrzeug-Sharing in der Corona-Krise: Eine Chance für die Verkehrswende

Die Pandemie hat die Anbieter von Leihsystemen für Fahrräder, E-Tretroller und Autos hart getroffen. Doch trotz Virusangst glauben Fachleute nicht an einen dauerhaften Nutzerschwund. Berliner Zeitung, 22.5.2020.

➔ www.bit.ly/3egW8Wc

Coronavirus und Verkehrswende: Wenn das Virus die Autos wegdrängt

Das Abstandsgebot macht es möglich: Zahlreiche Städte, wie etwa Berlin, weisen zusätzliche Radwege aus und nehmen den Autofahrern dafür Platz weg. Doch der Widerstand gegen eine von Corona begünstigte Verkehrspolitik formiert sich bereits. Süddeutsche Zeitung, 2.5.2020.

➔ www.bit.ly/30TiWaT

Interview zur finanziellen Situation der Kommunen

Difu-Wissenschaftler Henrik Scheller spricht im Experten-Interview von ARD-Tagesschau über das geplante Konjunkturprogramm der Bundesregierung, die finanzielle Situation und den Investitionsstau in den Kommunen sowie über notwendige Maßnahmen für die Nach-Corona-Zeit. ARD, www.tagesschau.de, 5.6.2020

➔ www.difu.de/15477

Videos

Digitaler Dienstag: Corona und die Verkehrswende: Chancen und Risiken

Beim „Digitalen Dienstag“ der Planersocietät zum Thema „Corona und die Verkehrswende“ war am 5. Mai in der Expertendiskussion die Difu-Wissenschaftlerin Uta Bauer geladen. Das Youtube-Video zum Nachsehen:

➔ www.bit.ly/3hEK6Z0

Krisenfestes Radfahren: Die Corona-Pop-Up-Radwege in Berlin

Der Online-Difu-Dialog in Kooperation mit der Fahrradakademie am Difu über Berlins Pop-Up-Radwege, die weltweit Schlagzeilen machen, war sehr stark nachgefragt – auch von anderen Kommunen. Die Podiumsgäste kamen aus einer Berliner Senatsverwaltung und einem Berliner Bezirksamt.

Das Vimeo-Video vom 29.4.2020 ist online:

➔ www.difu.de/13425

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von:
Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
www.difu.de
www.facebook.com/difu.de
www.twitter.com/difu_d

Redaktion

Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)
Vera Gutofski, Dr. Sinje Hörlin,
Johannes Maximilian Holz,
Luisa Sophie Müller

Grundgestaltung/CD

3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout

Vera Gutofski

Fotos

Cover-Foto: Vera Gutofski
(Graffiti im Gleisdreieckpark)

Fotos ohne Angabe: www.pixabay.com bzw.
www.unsplash.com. Herzlichen Dank an alle
Fotografierenden sowie an die Plattformen für
die kostenfreie Bereitstellung!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208
Fax +49 30 39001-130
presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise

Sonderheft Difu-Magazin Berichte
ISSN 1439-6343
Stand: 16.6.2020

Weiterverwendung der Texte:

Die Texte dürfen – bei adäquater Nennung der
Quelle bzw. Verlinkung– gerne übernommen
werden. Ein Belegexemplar/-Link/-PDF an die
Difu-Pressestelle ist erbeten.



Hinweise aus der Difu-Literaturdatenbank ORLIS

Raban Daniel Fuhrmann in der vhw-Verbandszeitschrift „FORUM WOHNEN UND STADT-ENTWICKLUNG“

Demokratie in der Krise – Krisen-Governance etablieren!

➔ www.bit.ly/30VZHHY (PDF)

➔ via ORLIS: www.bit.ly/2NbhqE1

Bogenschütz, Caroline; Müller, Joel. Die Gemeinde (BWGZ) 8/2020

Maßnahmen auf EU-Ebene zur Abmilderung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie.

➔ via ORLIS: www.bit.ly/2BIIN1C

Bogenschütz, Caroline; Müller, Joel. Die Gemeinde (BWGZ) 8/2020

COVID-19: Vorkehrungen der EU für ein reibungsloses Funktionieren der digitalen Rathäuser in Zeiten der sozialen Distanz.

➔ via ORLIS: www.bit.ly/2Ne6o5Y

Sedlmayr, Benedikt; Palka, Silvia. Die Gemeinde (BWGZ) 9/2020

Wirtschaftsförderung im Schulterschluss - jetzt erst recht!

➔ via ORLIS: www.bit.ly/2YOiuYN

Allgemeiner Deutscher Fahrradclub (ADFC):

Handlungsempfehlung für Kommunen. Bleibt alles anders: Corona und der (Rad-)Verkehr.

➔ www.bit.ly/3fyKSEW (PDF)

➔ via ORLIS: www.bit.ly/3dgyPdR

Platzer, Linus. Internationales Verkehrswesen 2/2020.

Die globale Verkehrswende und Covid-19. Wie der Mobilitätssektor weltweit auf die aktuelle Pandemie reagiert.

➔ via ORLIS: www.bit.ly/2YODGhp

Süselbeck, Edwin: Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen Niedersachsen

Mobilität umdenken im Lockdown. Zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule.

➔ www.bit.ly/37QaH0M (PDF)

➔ via ORLIS: www.bit.ly/2BkmVT1

Brockmeyer, Friedemann; Heistermann, Jan; Schulz, Matthias: Der Nahverkehr 5/2020

Corona und die Verkehrswende. Mögliche Folgen für den ÖPNV - drei Szenarien.

➔ via ORLIS: www.bit.ly/2Yh3aVv

Föller, Martina: Wohnraummiete unter der Corona-Pandemie. Wohnungswirtschaft & Mietrecht 5/2020

Wohnraummiete unter der Corona-Pandemie.

➔ via ORLIS: www.bit.ly/30Znixg

Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Abteilung VI - Verkehrsmanagement, Berlin

Regelpläne zur temporären Einrichtung und Erweiterung von Radverkehrsanlagen.

➔ www.bit.ly/2UUVW4DY (PDF)

➔ www.bit.ly/3fAqCmP (via ORLIS)

➔ www.bit.ly/2YKN3yp

Götting, Katharina; Becker, Sophia (Institute for Advanced Sustainability Studies -IASS-, Potsdam)

Reaktionen auf die Pop-Up-Radwege in Berlin. Ergebnisse einer explorativen Umfrage zur temporären Radinfrastruktur im Kontext der Covid-19 Pandemie.

➔ www.bit.ly/2NblJmp (PDF)

➔ via ORLIS: www.bit.ly/3hEHaeT

Prätorius, Gerhard: In: Verkehr und Technik. Organ für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) 6/2020.

Die Mobilitätswende im Lichte der Corona-Krise. Können die Fehler der Vergangenheit vermieden werden?

➔ via ORLIS: www.bit.ly/2YRfwm0

